

Einzelpreis: 70 Sch. pr.

Redaktion und Verwaltung:
Prag, II., Havelkova nám. 32.

Telephone:
Tagesredaktion: 6795.
Nachtredaktion: 6797.

Postfachamt: 57544.

Inserate werden laut Tarif
billig berechnet. Bei öfteren
Einschaltungen Preisnachlass.

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:

monatlich Ks 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährig 96.—
jährlich 192.—

Abschließung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
sendung der Retourenmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montag täglich früh.

4. Jahrgang.

Samstag, 2. Februar 1924.

Nr. 29.

Schutz den Mietern!

Am 30. April läuft das bestehende Mieterschutzgesetz ab und von bürgerlicher Seite werden bereits heftige Anstrengungen gemacht, den Abbau des Mieterschutzes herbeizuführen. Die Bevölkerung ist begreiflicherweise in großer Erregung. In verschiedenen deutschböhmisches Städten haben bereits Versammlungen von Mietern stattgefunden, in denen gegen den Abbau des Mieterschutzes heftig und leidenschaftlich protestiert wurde. Infolge der verspäteten Einberufung des Parlaments, das erst am 4. März zusammentritt, besteht nun die Gefahr, daß das neue Mieterschutzgesetz in beiden Häusern des Parlaments, sowohl im Abgeordnetenhaus als auch im Senat, durchgepeitscht wird und es ist daher möglich, daß hierbei die Interessen der Mieter zu kurz kommen. Es ist also höchste Zeit, daß sich die Öffentlichkeit mit dem Mieterschutz bereits beschäftige, daß alle diejenigen, die am Mieterschutz interessiert sind, nicht die Hände in den Schoß legen, sondern klar und energisch aussprechen, was nützt. Aus diesem Grunde hat sich auch die Mittwoch stattgefundene gemeinsame Sitzung der Klub der Abgeordneten und Senatoren der deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei mit dieser für den größten Teil der Bevölkerung lebenswichtigen Frage befaßt.

Während in den Zeiten vor dem Kriege das Bedürfnis nach Wohnungen durch Angebot und Nachfrage recht und schlecht befriedigt wurde und ein freies vorkriegsartiges Prozenztaf leerstehender Wohnungen verhinderte, daß mit den Wohnungen Wucher getrieben wurde — wobei freilich die ärmeren Volksschichten stets schlecht wegkamen, weil die Anzahl der leerstehenden Kleinwohnungen immer eine geringe war — ist das seit dem Kriege anders geworden. Die Bautätigkeit stockte, die Anzahl der leerstehenden Wohnungen sank auf den Nullpunkt herab, die Nachfrage war viel größer als das Angebot und der Staat mußte wohl oder übel in das freie Spiel der Kräfte auf dem Wohnungsmarkt eingreifen, die Mieter vor grenzenloser Ausbeutung, tauende Menschen vor Obdachlosigkeit schützen. Die Aufhebung des Mieterschutzgesetzes nach dem Kriege hätte für die Bevölkerung, insbesondere für die Arbeiter und Angestellten eine Katastrophe von unvorstellbarer Größe bedeutet.

Der Mieterschutz könnte nur dann abgebaut werden, wenn seine Voraussetzungen, nämlich die Wohnungsnot, geschwunden wäre. Aber noch immer übersteigt die Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt das Angebot um ein vielfaches, noch immer gibt es tausende von Menschen, die auf eine eigene Wohnung und daher auf ein eigenes Heim verzichten müssen. Noch immer gibt es tausende Familien, die in engen Wohnungen zusammengedrängt sind, noch immer bedeutet der Abbau des Mieterschutzes eine gewaltige Gefahr für die Bevölkerung. Solange Angebot und Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt nicht das Verhältnis der Vorkriegszeit erreicht haben, solange es nicht in den Städten und Industrieorten einen gewissen Prozentsatz leerstehender Wohnungen gibt, solange ist an einen Abbau des Mieterschutzes nicht zu denken. Deswegen stellt der Klub der deutschen Sozialdemokratischen Abgeordneten und Senatoren an die Spitze keiner Forderungen das Verlangen: das bestehende Mieterschutzgesetz darf auf keinen Fall zu ungunsten der Mieter geändert werden.

Die Besitzer von Miethäusern sagen freilich, daß sie gegenüber den anderen Schichten der Besitzer insofern geschädigt sind, als sich das Kapital, das in den Häusern steckt, nicht nach kapitalistischen Grundsätzen verzinst. Darauf ist vor allem zu entgegnen, daß es nicht Aufgabe des Staates ist, für die Rentabilität des Kapitals der Besitzenden Klassen zu sorgen, und daß die Besitzer von Häusern insofern unter dem Kriege weniger gelitten haben, als beispielsweise die Besitzer von Staatspapieren und Kriessanleihe, da der Sachwert ihres Besitzes

Sowjetrußland von England anerkannt.

Einladung zu Vertragsverhandlungen.

London, 1. Febr. (A. N.) Die britische Regierung hat die russische Regierung formell anerkannt.

Der britische Vertreter in Moskau, Hodgkin, gab das heute der russischen Regierung durch folgende Note bekannt.

Ich habe die Ehre, Euer Excellenz im Auftrag meiner Regierung mitzuteilen, daß die britische Regierung den Verband der sozialistischen Sowjetrepubliken de jure als Regierung derjenigen Gebiete des alten russischen Reiches anerkennt, die ihre Autorität anerkennen. Aber für die Schaffung normaler Bedingungen für vollkommen freundschaftliche Beziehungen und vollständiger Handelsbeziehungen wird es notwendig sein, definitive praktische Verträge über verschiedene Angelegenheiten zu vereinbaren, von denen einige nicht in direkter Beziehung zu der Frage der Anerkennung, einige hingegen in innigem Zusammenhang mit der Tatsache der Anerkennung stehen. Bei der letzteren Kategorie soll der Frage der bestehenden Verträge Erwähnung getan werden.

Die Regierung seiner Majestät ist sich bewußt, daß die Anerkennung der russischen Sowjetregierung entsprechend den angenommenen Prinzipien des internationalen Rechtes alle Verträge, die zwischen den beiden Ländern vor der russischen Revolution abgeschlossen wurden, in Kraft treten läßt, ausgenommen diejenigen, die bereits gelöst wurden oder sonst ihre Rechtskraft verloren haben. Es greift natürlich beiden Ländern zum Nutzen, daß die Stellungnahme zu diesen Verträgen gleichzeitig mit der Anerkennung geregelt werde.

Technisch ohne Beziehung zu der Anerkennung, aber natürlich ungewöhnlich wichtig sind die Probleme der Erfüllung der gegenseitigen bestehenden Forderungen der Regierungen und der Staatsangehörigen sowie die Wiederherstellung des russischen Kredits. Es ist also klar, daß vollkommen freundschaftliche Beziehungen bis zu der Zeit nicht eintreten können, solange eine Partei Grund hat, die andere Partei wegen der gegen ihre Interessen gerichteten und der auf die Zerrüttung ihrer Institutionen hinzielenden Propaganda zu verdächtigen.

Unter diesen Umständen fordert die Regierung seiner Majestät die russische Regierung auf, ehestens mit Vollmacht zur Durchführung dieser Angelegenheiten ausgestellte Vertreter und zur Festlegung vorläufiger Grundlagen für den Gesamtvertrag über alle zwischen den beiden Ländern ungelösten Fragen nach London zu entsenden. Vorläufig wurde ich, solange nicht ein Vollmakter ernannt ist mit der Führung der Angelegenheiten der Volkswirtschaft betraut und ich kann konstatieren, daß die Regierung seiner Majestät in gleicher Weise mit Freuden einen russischen Charge d'affaires, der die Regierung des Verbandes der russischen Sowjetrepubliken bei Hof von St. James vertritt, empfangen wird.

Wilson gestorben.

New York, 1. Febr. Der frühere Präsident Woodrow Wilson ist heute abend gestorben. Seine Krankheit, ein Magenleiden, hatte sich in der gestrigen Nacht derart verschlechtert, daß der Arzt die Nacht am Lager des Kranken verbringen mußte. Jede Hoffnung auf Besserung erschien ausgeschlossen.

Paris lobt die Arbeiten der Berliner Sachverständigen.

Berlin, 1. Febr. (Eigenbericht.) Der „Vorwärts“ meldet aus Paris, daß man in politischen Kreisen nach Informationen, die aus Berlin dort eingetroffen sind, von den Verhandlungen der Sachverständigenkommissionen außerordentlich

zufrieden ist und über den Gang der Verhandlungen und das Engkommen, das die Kommissionen bei der Reichsregierung findet, auf das angenehmste überrascht sei. Im Kreise der Experten herrsche die Überzeugung, daß bei einem weiteren, ebenso glatten Fortgang der Arbeiten es sehr bald möglich sein werde, in Berlin zu befriedigenden Ergebnissen zu gelangen.

nicht im geringsten erschüttert wurde. In Schwierigkeit befinden sich allein Besitzer von Häusern auf dem Lande, die vielleicht ein oder zwei Mieter haben und die durch die Verschreibung von Steuern für mehrere Jahre in materielle Bedrängnis geraten sind. Diesen gegenüber hätte der Staat die Pflicht, Steuererleichterungen zu gewähren, um so mehr, als der Staat Gefahr läuft, diese Steuer in ihrer Gänze überhaupt nicht eintreiben zu können.

Die Feinde des Mieterschutzes behaupten stets, daß die Aufhebung des Mieterschutzes und die Erhöhung der Zins allein die private Bautätigkeit anregen können. Da aber an eine Aufhebung des Mieterschutzes nicht zu denken ist, muß der Staat selbstverständlich alles dazu tun, um das Angebot auf dem Wohnungsmarkt zu steigern, den Wohnungsbau zu fördern. Das mindeste was man verlangen muß, ist also, daß die Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus in dem Ausmaße, wie dies bisher geübt wurde, aufrecht erhalten bleibt.

Eist wenn die dringendste Nachfrage nach Wohnungen befriedigt ist, können normale Verhältnisse auf dem Wohnungsmarkt eintreten.

Die Bevölkerung hat alles Interesse, den Kampf um das neue Mieterschutzgesetz bis in seine Einzelheiten zu verfolgen. Sie muß das Gehaben der Parteien in die Ferne für die Menschen lebenswichtigen Frage genau beobachten. Die Parteien, die sonst bei Wahlen um die Stimmen der Mieter buhlen und in Wahrheit die Interessen der Hausherren vertreten, müssen entweder gezwungen werden, für den bisher geltenden Mieterschutz zu stimmen, oder muß die Bevölkerung ihre wahre Frage erkennen. Die politische Laune, die in den Kreisen der arbeitenden Bevölkerung bisher geherrsch hat, muß dem Kampfeswillen der arbeitenden Menschen weichen. Es gilt mit Zähigkeit und Energie die breiten Massen der Bevölkerung vor einer Katastrophe zu bewahren, die im Falle des Abbaues des Mieterschutzgesetzes eintreten müßte.

Eine Kalendergeschichte über die Internationale.

In dem von der Parteizentrale der tschechoslowakischen Sozialdemokraten und im Verlage der Prager tschechischen Parteibuchhandlung herausgegebenen Arbeiterkalender für das Jahr 1924 ist ein vom Abgeordneten Anton Němec verfaßter Artikel enthalten, der den Titel „Die sozialistische Internationale“ führt. Schon der Ort, in dem der Abdruck dieser Arbeit erfolgt, würde die Annahme rechtfertigen, sein Verfasser werde die Gelegenheit, über die Internationale zu schreiben, dazu ausnützen, den tschechischen Lesern des Arbeiterkalenders neben einer Geschichte der Internationale deren Bedeutung für das gesamte Proletariat hervorzuheben und die Leser im Sinne und Geiste der sozialistischen Internationale zu schulen. Von alledem ist in dem Artikel des Abgeordneten Němec keine Spur zu finden, vielmehr ist die Arbeit darauf angelegt, in den tschechischen Arbeitern den Nationalismus und den Haß gegen die sozialistischen Bruderparteien besonders aber gegen die deutschen Sozialdemokraten zu schüren. Es widerstrebt uns, von dem Artikel Notiz zu nehmen, wir müssen es doch tun, obwohl wir uns, aufrichtig gestanden, dessen schämen, daß ein alter Sozialdemokrat, wie es Němec ist, etwas derartig Unwahres, Entstelltes und Gefährliches, in dem er sogar das Andenken Viktor Adlers schmätzt, zu schreiben vermag. Es genügt wohl den Artikel ohne besondere Erwiderung abzurufen, wobei wir einige der bemerkenswertesten Sätze durch Sperrendruck hervorheben. Němec schreibt darin:

„Auf dem internationalen sozialistischen Arbeiter- und Gewerkschaftskongress in Kopenhagen, der im Jahre 1910 stattfand, bildete der Kampf der tschechischen Sozialdemokratie um die Selbständigkeit und Einheitslichkeit ihrer Bewegung gegen die deutsche Sozialdemokratie in Österreich den Mittelpunkt. Die deutschen Genossen forderten, daß ihnen die tschechischen gewerkschaftlich organisierten Arbeiter ausgeliefert werden. Den Schwerpunkt der ganzen sozialdemokratischen Bewegung übertrugen sie auf die Gewerkschaften und wenn sie den entscheidenden Einfluß darin erlangt hätten, so hätte dies auch den entscheidenden Einfluß auf die ganze Bewegung der tschechischen Sozialdemokratie bedeutet. Damit sollte den Tschechen die zentralistische deutsche Politik in Österreich aufgenötigt und ihre staatsrechtliche Erklärung aus dem Jahre 1897, in welcher sich die ersten tschechischen sozialdemokratischen Abgeordneten im österreichischen Reichsrat für die Selbständigkeit und Eigenberechtigung des tschechischen Volkes, beziehungsweise für die Republik (1), ausgesprochen haben, zunichte gemacht werden. Der Kopenhagener Kongress sprach sich unter dem Druck der Deutschen gegen die Tschechen unter dem Vorwand der Notwendigkeit der einheitlichen Arbeiterbewegung im ganzen Staate“ aus und stützte sich dabei hauptsächlich auf die tschechischen gewerkschaftlichen Zentralisten, die in ihrer Unfähigkeit sich fürchten, eine selbständige gewerkschaftliche Politik zu machen und darum Wien treue bewahren. Doch die tschechischen Sozialdemokraten unterwarfen sich nicht und errichteten auch auf gewerkschaftlichem Gebiete ihre Selbständigkeit. Bei Wien verblieb nur ein kleines Häuflein, insbesondere die Eisenbahner. Aber auch die Mehrheit von ihnen ging in das Lager der tschechischen Sozialdemokratie über.

Es kam darauf in Österreich zu Reichstagswahlen, die tschechischen Gewerkschaftszentren spalteten sich auch von der tschechischen politischen sozialdemokratischen Bewegung ab und traten mit Unterstützung der deutschen Sozialdemokraten mit selbständigen Kandidatenlisten gegen die Tschechen auf. Mit Hilfe von hauptsächlich polnischen und deutschen Stimmen erlangten sie insgesamt 17.000 gegen 400.000 tschechische Stimmen. Diese Blamage regte die Wiener deutschen Sozialdemokraten so auf, daß sie von den Tschechen verlangten, sie mögen aus den Geldern, welche die deutsche Sozialdemokratie im Reich für die österreichischen Wahlen gespendet hatte und von denen auf die Tschechen 10.000 Mark entfallen sollten, auch die Wahlkosten der tschechischen Abtrünnlinge bezahlen. Die tschechischen Sozialdemokraten lehnten dieses schimpfliche Ansuchen ab und verzichteten lieber auf den ganzen Geldbetrag. Die Deutschen lösten daraufhin mit einem eigenhändigen Schreiben Dr. Viktor Adlers, das an den Genossen Anton Němec geschickt

wurde, alle Beziehungen, selbst die parlamentarischen mit den tschechischen Sozialdemokraten. Dadurch sollte die Blamage verdeckt werden, welche die Deutschen mit den tschechischen Zentralisten erlitten hatten. In ihrer Feindseligkeit gingen die Deutschen soweit, daß, als nach den Wahlen der damalige Ministerpräsident Gausch beide sozialdemokratischen Parteien zu einer Besprechung einlud, die deutschen Sozialdemokraten erklärten, daß sie mit den tschechischen Sozialdemokraten zum Minister nicht gehen. Sie gingen allein hin, um zu zeigen, wie sie sich ärgern, daß alle ihre Bemühungen, die tschechoslowakische Sozialdemokratie zu zertrüben, nur ein Schlag ins Wasser war. Die tschechischen Sozialdemokraten erhielten wohl von der Internationale den Auftrag, sich den Deutschen zu unterordnen, aber diesem Auftrag konnten sie nicht entsprechen, da dies ihr Leben gelostet hätte. Ueber alle Angriffe und Beschimpfungen gingen sie ruhig ihren Weg weiter, wobei insbesondere Fris Adler gegen sie anstürmte, in der Meinung, daß er sie durch seine Angriffe besiegen werde.

Im Jahre 1914 sollte der Kongress der Internationale in Wien tagen. Diesen Ort des Kongresses hatten die Deutschen deshalb sich vorbehalten, damit in der Sozialdemokratischen Internationale der Eindruck erweckt werde, Oesterreich sei ein deutscher Staat (!). Der Kongress unterblieb aber. Oesterreich rief über Antriebe Deutschlands den Weltkrieg hervor, durch den nicht nur der Wiener Kongress der Internationale unmöglich gemacht wurde, sondern der auch die gesamte geregelte Tätigkeit der Internationale unterbrach. Nicht einmal nach der Kriegserklärung wollten die deutschen Sozialdemokraten mit den Tschechen über ein gemeinsames Vorgehen gegen den Militarismus verhandeln. Angeblick sollte dies erst nach dem Kriege geschehen. Sie waren überzeugt, daß sie gewinnen und daß sie dann den Tschechen ihre Bedingungen diktieren werden. Es kam alles allerdings anders. Die Wiener „Arbeiterzeitung“ erklärte die Zerreißung Oesterreichs als ein an ihm begangenes Verbrechen. Während die Wiener die tschechischen Sozialdemokraten, insbesondere Fris Adler, als Sozialpatrioten und Verräter beschimpften, kamen andere einflußreiche Sozialdemokraten aus Wien nach Prag, damit ihnen die tschechischen Sozialdemokraten gegen die innere und äußere Reaktion helfen. (!) Sie hielten das politische Vorgehen und die konstruktive Arbeit der tschechischen Sozialdemokraten gut und bedauerten, daß sie wegen einiger Verrückter, welche sich schließlich gegen die zweite Internationale wendeten und für ihre persönlichen Interessen eine neue Internationale gegründet haben, nicht gleichfalls eine konstruktive Politik machen, um die Angriffe der Reaktion abzuwehren zu können.

Im Jahre 1919 wurde eine Konferenz der Internationale nach Bern einberufen und im Juli desselben Jahres nach Luzern. Hier machten die französischen und belgischen Genossen den deutschen Sozialdemokraten wegen ihrer Stellungnahme im Kriege große Vorwürfe. Auch die tschechischen Sozialdemokraten trugen in Bern ihre Beschwerden gegen die deutschösterreichischen Sozialdemokraten vor, die allerdings alles ableugneten, was sie gegen die tschechischen Sozialdemokraten vor und nach dem Kriege unternommen haben. In Luzern stießen die Meinungen der deutschen Mehrheitssozialisten mit den Unabhängigen scharf zusammen. Die russischen Sozialdemokraten und Sozialrevolutionäre führten Klage über die

schrecklichen Verfolgungen und Bedrückungen durch die bolschewistische Regierung, welche die Ausrottung der Sozialdemokraten anstrebte. Es trat hier auch zutage, daß die Ueberführung Lenins und Trojks nach Rußland auf Kosten der deutschen Regierung durchgeführt wurde, welche diesen unerhöhrlichen Bolschewiken 50 Millionen Mark in Gold gegeben hatte. Zum Dank dafür, sprachen sich Lenin und Trojks für den Schandfrieden von Brest-Litowsk aus, welcher den Deutschen zum Siege über die Entente verhelfen sollte. Dieses Schandwerk scheiterte vollständig. Die Deutschen erlangen nicht den Sieg und die bolschewistische Schandlichkeit, welche mit Hilfe des deutschen Geldes ganz Europa umstürzen sollte, erzielte nur den Umsturz in Rußland und machte aus diesem Lande eine abscheuliche Mörderhöhle und einen einzigen großen Friedhof.

Die Führung der zweiten Internationale wurde nach London verlegt. Die österreichische Sozialdemokratie, welche sich zeitig an beiden Konferenzen der Internationale beteiligte, gründete über Verreiben Fris Adlers die neue 2 1/2 Internationale. Der Schöpfer schützte vor, daß es ihm um die Verstellung des Einvernehmens zwischen der zweiten und dritten Internationale gehe. Zu dieser 2 1/2 Internationale gehörten neben den deutschösterreichischen Sozialdemokraten auch die Deutschen aus der Tschechoslowakei, die Unabhängigen aus dem Deutschen Reich und die Rinnen. Als dann die deutschen Mehrheitssozialisten sich mit den Unabhängigen vereinigten, verlor die 2 1/2 Internationale ihre Bedeutung im internationalen Sozialismus.

Die Tagung des internationalen Kongresses in Hamburg, der für den Oktober 1922 geplant war, wurde bis zum Mai 1923 verlegt. Das war das Vorspiel zum Kongress der erneuerten Internationale in Hamburg. Die deutschen Sozialdemokraten aus Oesterreich und der Tschechoslowakei bereiteten sich für den Kongress gründlich vor. Auf die Anfrage der tschechoslowakischen Sozialdemokraten erklärten sie heimtückisch, daß sie keineswegs irgendwelche Vorbereitungen treffen, aber daß sie nicht wissen können, was geschehen werde, wenn das Plenum ihrer Partei zusammen trete und was die 2 1/2 Internationale Fris Adlers tun werde. Zu ihrer Verstärkung nahmen sie die anarcho-kommunistische Gruppe Erbenst und Brodeck in ihre 2 1/2 Internationale, damit sie, sich auf sie stützend, darauf hinweisen könnten, daß diese tschechischen Effaltes durch ihre Treue zum deutschen Wien dokumentieren, wie wenig sozialdemokratisch die tschechischen „Sozialpatrioten“ handeln. Es war dies nichts wie die Wiederholung ihres Vorgehens auf dem Kopenhagener Kongress. Damals war es Viktor Adler, welcher erklärte, daß er nicht nur im Namen aller Deutschen gegen die „separatistischen“ Absichten der tschechoslowakischen Arbeiterpartei spreche, sondern auch im Namen der allzeit treuen Tschechen vom Schlage Brodeck, die gegen die Selbstständigkeit und Eigenberechtigung der tschechischen Arbeiterbewegung sind, da diese Selbstständigkeitsbestrebungen auf die Zerrüttung Oesterreichs abzielen.

Diesmal war es Fris Adler, der sich als Erbe seines Vaters Viktor Adler verpflichtet fühlte, und der die widerpenstigen Tschechen für ihren Auszug aus Oesterreich bestrafen wollte. Er diktierte den Deutschen aus der Tschechoslowakei ein uerustes Pamphlet, aus welchem Brodeck und Erbenst einen wesentlichen Teil abdiktierten und vor der ganzen Internationale Klage führten, daß die tschechoslowakischen

Sozialdemokraten nicht den Deutschen gehorchen wollen, genau so wie sie dies in Kopenhagen vor 12 Jahren getan haben. Fris Adler nahm die anarcho-kommunistische Gruppe mit Jubel auf, damit er mit ihrer Hilfe den Ausschluß der tschechoslowakischen Sozialdemokraten aus der Internationale durchsetzen könne. Er arbeitete gegen die tschechoslowakische sozialdemokratische Arbeiterpartei schon aus den Gründen der deutschnationalen Tradition seiner Familie.

Aber es gelang ihm nicht alles so, wie er es sich wünschte. Die Ausschließung der tschechoslowakischen Sozialisten (Kloßpartei) gelang ihm mit Hilfe der anarcho-kommunistischen Gruppe, aber weiter ging es nicht mehr. Alle Angriffe auf die Tschechoslowaken wurden aus der Resolution ausgemerzt. Die Deutschen in der Tschechoslowakei gingen mit ihren verlogenen Angriffen gegen uns und die tschechoslowakische Republik ein, die anarcho-kommunistische tschechische Gruppe und ihre Angriffe auf uns und die Republik wurden mit Geringschätzung abgelehnt. Ihre Verräterei nützte den Deutschen für ihre Bedürfnisse aus, aber den Verrätern gaben sie den Fußtritt. Um in Hamburg wenigstens einigermaßen zu repräsentieren, trugen sie der von ihnen verratenen tschechoslowakischen sozialdemokratischen Partei ihre Bündnischaft an. Sie erlöhren naturgemäß auch hier eine Ablehnung und wurden an die Deutschen gewiesen.

Im Exklusivauspruch der Internationale, als dessen Sitz London erwähnt wurde, haben wir eine Vertretung. Es ist allerdings wahr, daß die Erwählung Fris Adlers zum zweiten Sekretär der Internationale für uns einen großen Nachteil bedeutet, aber wir haben in Gesundheit Viktor Adler überdauert, wir werden auch seinen Sohn überdauern. Die Wiener wollten sich seiner entledigen, darum haben sie ihn den Engländern übergeben.

Die Hauptsache ist, daß es nicht zur Wahl einer Untersuchungskommission kam, wie sie von den Deutschen in der Tschechoslowakei beantragt wurde, sondern daß statt dessen eine Einigungs-kommission gewählt wurde. Auf der anderen Seite wurden unsere politischen Richtlinien konstruktiver Arbeit anerkannt. Es gelang uns, die Absicht der österreichischen Deutschen abzuwehren, aus der Internationale eine Institution zu machen, welche ihre inneren Fragen löst und ihnen aus den Verlegenheiten helfe, in welche sie durch ihre Unfähigkeit geraten sind. Dessen wir, daß nach Kopenhagen und Hamburg und nach allem, was sie gegen die tschechischen sozialdemokratischen Arbeiter in Wien unternommen haben, nicht mehr von uns fordern werden, daß wir ihre unfähige Politik ihnen reparieren helfen und ihnen noch dazu Darlehen bewilligen. Die deutschen Sozialdemokraten kassieren durch ihre Politik der Negation aus dem deutschen Oesterreich einen Vassallenstaat zu machen und an dieser Tatsache ändern auch nichts ihre Schmähungen gegen uns Tschechoslowaken, ebenso wenig wie ihre unbegriffliche Wichtigkeit.

Zum Glück für den Sozialismus ist es auch Fris Adler nicht gelungen, was schon sein Vater zu erreichen sich bemühte...

Soweit Anton Römer. Es genügt wohl, diese niedrigen Ausfälle tieferzuhängen. Sie reichen hin, von der Weisheitsverfassung des Artikelschreibers den in- und ausländischen Genossen ein Bild zu geben. Ueber diese Auffassung des Abgeordneten Römer brauchen wir nicht zu richten, wenn sie bloß eine subjektive wäre, aber da die

tschechische Parteileitung diesen Gehässigkeitsausbruch im Arbeiterkalender, der doch eine Art sozialistischer Lehr- und Lesebuch für die tschechischen Arbeiter sein sollte, aufgenommen hat, trägt sie mit dafür die Verantwortung. Infolgedessen wäre es wohl nur zu berechtigt, die Meinung der Internationale darüber einzuholen, ob es zulässig ist, daß die tschechische Partei die Arbeiter anstatt zu internationaler Gesinnung zu Vereingemessenheit und nationalem Haß gegen die deutsche Sozialdemokratie erzieht.

Kommunistischer Faschismus.

Die KPD. wirkt um deutschnationalen Offiziere.

Die Kommunisten haben schon lange ihre Sympathien für die Falkenkreuzler erndet und seit der Stellungnahme Kadeks zur Salageteraffäre ist es nichts Neues, daß die KPD. in vollstänigen Kreisen eine besondere Propaganda betreibt. Man könnte nun sagen, daß eine solche Propaganda durchaus nichts Anrüchiges an sich hat, daß es der kommunistischen sowie jeder anderen Partei selbstverständlich unbenommen bleiben muß, im Lager der Gegner für die eigenen Ziele zu werben. Wenn man aber erfährt, welcher Art diese Propaganda der Kommunisten unter den deutschen Faschisten ist und welcher Mittel sie sich dazu bedienen, wird jedermann ein wenig anders darüber denken und zur Ueberzeugung gelangen, daß die Werbearbeit der Kommunisten unter den Faschisten keinen anderen Zweck verfolgt, als diese entsetzlichen, brutalen und blutdürstigen Elemente für den Kampf der Kommunisten gegen die Sozialdemokratie zu gewinnen. Beweis für diese Behauptung ist ein vom Berliner „Vorwärts“ veröffentlichter kommunistischer Agitationsbrief an Offiziere, vor allen Dingen an solche, die noch heute in der Reichswehr als Offiziere dienen. Dieser Brief ist genau auf den Gedankengang nationalistischer Offiziere eingestellt, den Revanchekrieg gegen Frankreich zu predigen und im Namen des Revanchekrieges die Offiziere für den Kommunismus zu gewinnen. Dabei wird selbstverständlich verschwiegen, daß auch die deutschen Kommunisten „nach der Ergreifung der Macht“ Erfüllungspolitik betreiben wollten, daß sie sich beim Beginn des Ruhreinfalles gegen den Widerstand gewendet hätten und die deutsche Bourgeoisie mit Arbeiterbataillonen zur Erfüllung der Ansprüche Poincarés zwingen wollten. Jetzt heißt es in der für Offiziere bestimmten Agitation:

„Im Mittelpunkt unseres Denkens, als einziger Ziel für jeden deutschen Offizier, steht die Befreiung Deutschlands vom auswärtigen Joch.“

Die Kommunisten lehnen sogar in ihrem Eifer, den Offizieren nach dem Wunde zu reben, die Verantwortung für die Begleiterscheinungen der Revolution ab. In geschickter Vertuschung der gegenseitigen Rollen schreiben ausgerechnet die Kommunisten über die Sozialdemokratie:

„Sie waren die Verräter am Vaterlande, sie zerstückten die deutsche Armee, sie lieferten die deutsche Wirtschaft aus, sie trieben Deutschland in den Zusammenbruch. Mit berechtigtem Haß blüht jeder ehrliche deutsche Nationalist, bilden wir alle auf die Revanchebanden, die im Augenblicke des Einzugs in die Wilhelmstraße ihre jahrzehntelangen Versprechungen vergaßen und den blutigen Bruderkampf zwischen Deutschen und Deutschen entzettelten.“

Dswald Spengler muß als Kronzeuge herhalten, um den Vorwurf gegen die Sozialdemokratie zu erheben, daß sie nicht — für Ver-

Kinder auf der Farm.

Von John Sassen, New York.

In der „Spring Gazette“ erschien die Annonce: „50 Knaben und Mädchen zwischen 9 und 12 Jahren mögen sich reisefertig melden. — Arbeit für zwei Monate.“

Die Sammelstelle befand sich im Stadtgebäude der Ellicott-Farm. In der Straße winkte es bereits frühmorgens von winzigen Kindern, deren jedes einzelne ein kleines Päckchen unter dem Arm preßte. Denn in der Annonce stand ja „reisefertig“ und derlei muß ernst genommen werden.

Weniger streng wird das Alter eingehalten. Es gab da unter anderen drei Geschwister, von denen das älteste Kind neun zu sein schien, die kleinere Schwester acht und ein ganz kleinwüchsiges Geschöpf vielleicht schon sieben.

Es ging recht lärmend zu. Die Kinder waren guter Dinge und lachten fröhlich. Niemand hatte Angst, keine Arbeit zu bekommen. Alle waren ihrer Sache gewiß.

Endlich erscheint der Bof.

Er ruft die Namen auf, fragt, ob die Eltern um die Arbeit wüßten. Selbstverständlich bejaht jedes der Kinder die Frage. Es gibt unter ihnen auch einige zwölfjährige. Sie kennen der Bof bereits. Dafür, wie hoch der Lohn sein werde, bekunden die Kinder kein sonderliches Interesse. Der Bof dagegen scheint nicht oft genug betonen zu können, sie mögen es genau überlegen, ob sie mitkommen wollten, denn die Farm sei fünfundsiebzig Kilometer entfernt. Sie gingen nicht spielen, und man könne nicht leicht zurück. Zwölfjährig jedoch schüßert er auch die Schönheiten des Lebens auf der Farm. Und die gute Verpflegung. Desweiteren, daß sich die Kinder zusammen wohl fühlen würden.

Der Trud fährt vor.

Eng zusammengepackt sitzen die Kinder auf dem Bogen. Sie sind noch immer fröhlich. Lachen und singen aus voller Kehle. In der allgemeinen frohen Laune macht sie alles lachen. Ein vorbeifahrendes Gähörnhorn. Oder ein seltsam gewachsener Baum. Oder die schneebedeckte Spitze eines Berges.

Erst auf dem Trud erfahren die Kinder, daß sie Bohnen zu pflücken haben.

Aus der Ferne hören die lauten Rufe der Cow-boys herüber. Unter den Pferdehufen dröhrt die Erde.

Lachender, sorgloser Gesang klingt zum strahlend-blauen Himmel empor. Die Kinder fragen: „Ist das die Farm?“ Und beim nächsten Haus abermals: „Das hier?“

Aber die Farm liegt in großer Entfernung. Das mächtige Auto faust dahin. Bisweilen verstummt das Lied. Die Kinder sind bereits müde.

Endlich spricht der Bof: „Seht Ihr? Dort ist die Farm.“ Doch hält das Auto nicht vor der kleinen Schule, sondern fährt weiter.

Die Kinder werden in einer Baracke untergebracht, inmitten der Bohnensfelder. Die Betten stehen dicht neben einander. Je vier Kinder erhalten ein Bett. Die Kissen sind nicht überzogen und auch die Leintücher nicht mehr ganz rein.

„Wer kann seinen Namen aufschreiben?“ — fragt der Bof. Es melden sich zwei Drittel. Die übrigen können weder lesen noch schreiben. Es sind fast ausnahmslos Kinder eingewanderter Eltern. Italiener, Juden, Deutsch-, Russen. Aber alle sprechen Englisch.

Warum wohl die Eltern diese Kleinen,

schmächtigen Geschöpfe fortziehen? Ja erfahre den Grund. Die meisten sind auf Saisonarbeit. Eisenbahnbau, Farmarbeit, Mähernte. Es ist niemand da, der locken, den kleinen Hausstand in Ordnung halten sollte: das Kind ist eine Last!

Daher freuen sich die Eltern, wenn die Kinder fortkommen. Das Geld schickt die jungen, schwächlichen Geschöpfe arbeiten.

Und die Schule? Wohl ist es Herbst und es wird jetzt auch die Schul. wieder beginnen, doch lohnt es sich nicht, zu lernen. Damit halb auch im Winter Zeit. Kein Mensch weiß heute, wo er im Winter sein wird...

Die Kinder umfgen im Ober-all den großen Tisch.

Lunch. Das Essen schmeckt allen. Sie sind wieder froher Laune und stimmen ein Lied an. Aber hinter ihrem Rücken steht bereits der Bof: hurry-up! Die Hay beginnt.

Weit erstrecken sich die Bohnensfelder. Die Maschine hat bereits die Erde gelodert. Die kleineren Kinder bilden sich emsig. Müssen die Reihen abschreiten. Die Bohnen auslesen. Das ist kein Spiel mehr. Die größeren bekommen Rechen, um mit diesen die Fehlung zu sammeln.

Verfengend brennt die Sonne. Eines der Kinder bleibt zurück. „Hurry-up!“ „Es tut Not. Ein Erwachsener gibt das Tempo an.“

Ein Knabe tritt aus der Reihe. Dann noch einer.

Doch kommt der Bof. Nun ist er kein lieber, spähstester Dufel mehr sondern ein richtiger Bof.

„In die Reihe!“ Und weitergeht die Reihe. Vorwärts. Mit gekrümmten Rücken.

Da sich die Kinder Abends zum Essen setzen, ist auf ihren Lippen das Lachen erstarrt. Sie lassen die Köpfe hängen. Einige dösen bei Tisch ein.

Ueber die Baracke breitet sich die Nacht. Die mageren Kinderkörper schmiegten sich eng aneinander.

Halbsieben ist die Zeit des Aufstehens. Arbeit. Arbeit. Arbeit.

Kein noch so leises Windchen weht und die Sonne brennt glühendheiß. Wiewohl es bereits Spätherbst ist.

Das eine kleine Mädchen beginnt zu weinen: „Ich halte es nicht aus.“

Aber der Bof: „Du wirst Dich schon daran gewöhnen.“ „Ich will heim.“

„Dann hättest Du nicht her kommen sollen. Arbeit!“

Müde schleppt das kleine Mädchen seinen schwächlichen Kinderkörper in der Reihe weiter.

So geht es den ganzen Tag. Am Abend wartet der Tisch voll Essen. Aber die Kinder nehmen kaum einige Bissen zu sich.

Sie sind müde. Eines beginnt zu weinen. Es ist das kleine Mädchen, das heim wollte.

Und auch die übrigen schnupfen leise. Wagen nicht laut zu weinen. Der Bof könnte zornig werden.

Die Nacht ist still. Die Kinder weinen sich in den Schlaf. Die Kinder auf der Farm.

(Deutsch von Stefan J. Klein)

längerung des Krieges eingetreten ist, daß sie nicht „anstatt mit französischen Generalen und englischen Diplomaten über die Verflügung Deutschlands zu schachern, den nationalen Volkstriege gegen den Landesfeind organisieren“. Den „feigen, bremsenden, pazifistischen Sozialdemokraten“ wird als leuchtendes Gegenstück der „vorbwärtsdrängende, begeisterungsfähige soldatische“ Teil der Arbeiterklasse gegenübergestellt. Während unter Arbeitern die Kommunisten sich fürchtbar über deutschvölkische Sabotageakte erregen und den Sozialdemokraten vorwerfen, daß sie nichts dagegen tun, schreiben sie, wenn sie sich an Offiziere wenden:

„Wir verraten kein Geheimnis, wenn wir aussprechen, daß die kommunistische Stotztruppe, die in der Pfalz, in der Eifel und am Düsselbacher Totensonntag mit Revolvern und Handgranaten die Separatisten aneinandergetrieben haben, unter der Führung nationalgefingener preussischer Offiziere standen.“

Nadels Schlageter-Rede wird erneut rühmend gepriesen und der „deutsche Befreiungskampf als Volkserhebung“ unter kommunistischer Führung in Aussicht gestellt:

„Das militärische Vorbild dieses deutschen Befreiungskrieges wird mehr oder minder der Kampfesweise entsprechen, mit der Lettow-Vorbeck (1) in glänzender Weise seine kleine Schaar in Ostafrika führte, mit der die Türken die mit zehnfach überlegenem Material ausgestatteten griechischen Truppen besiegten, mit der schließlich die russische Rote Armee ihre Feinde aus dem Lande jagte: Das Material müssen wir uns vom Feinde holen, die Maschinen müssen wir durch die gesteigerte revolutionäre Moral unserer Kämpfer beschaffen (2), die technische Uebermacht durch die Masse und Manövrierefähigkeit unseres Heeres schlagen.“

„Gegen die sozialdemokratischen Volkserwähler“ wollen die Kommunisten „revolutionäre Arbeiter und nationalistische Offiziere“ sammeln. Damit das Bündnis schmackhafter wird, wird nach Oswald Spengler „Preußentum als Sozialismus“ gepriesen und allen Ernstes versichert:

„Das Rätesystem ist preussischer Gedanke, der auf den Grundfragen der Arbeit, der Verantwortung, der Kollegialität beruht.“

Der Offizier gehört darum an „die Spitze der nationalen und sozialen Befreiung“, das „gemeinsame nationale Ziel“ soll durch die Zusammenarbeit zwischen Offizieren und Arbeitern unter kommunistischer Führung erreicht werden.

Wenn ein solches Schreiben vereinzelt vorläge, schreibt dazu der „Vorwärts“, würde man es möglicherweise für eine Mystifikation halten. Nach allem, was man an kommunistisch-völkischer Verbrüderung aber sonst schon erlebt hat, paßt dieses kommunistische Werbeschreiben ganz in die Linie, die von Nadel und Ruth geführt in trauter Harmonie vorgezeichnet ist. Es beweist jedem, der sehen will, daß dieselben Kommunisten, die in den Betrieben und in Versammlungen mit der sozialdemokratischen Arbeiter-„Einheitsfront“ zu spielen suchen, gleichzeitig mit faschistischen Offizieren den bewaffneten Kampf gegen diese selbste sozialdemokratische Arbeiterschaft zubereiten sucht.

Inland.

Eine neue Hakenkreuz-Parole:

für die „völkische Internationale“.

Das Wort von der „völkischen Internationale“ ist nicht etwa, wie mancher glauben könnte, ein von uns geprägter Fälschungsstück, sondern so lautet wahrhaftig die neueste Forderung des Duxer „Tag“, die dieser in seiner Nummer vom 1. Feber erhebt. Das Blatt des Herrn Knisch zitiert an leitender Stelle eine Rede, die der bayrische Stellvertreter Staat-Kommissär Herr von Ruffsch am 20. Oktober 1923 in einer „vaterländischen“ Versammlung in München gehalten haben soll. In dieser Rede soll sich Herr Ruffsch in Stellvertretung Knisch mit den Zielen der Hakenkreuzler einverstanden erklärt und wüßte auf die Berliner „Judentregierung“ geschimpft haben, „an deren Spitze ein Wagnis-Ingenieur“ (Obert), steht. Mit Hochgenuß (setzt) druckt der „Tag“ auch folgende Stelle aus der angeblichen Rede des Herrn Ruffsch ab, die vom Rechtsanwält Hitler's nunmehr veröffentlicht wird:

„Der „Völkische Beobachter“ darf wieder erscheinen. Wir haben auch keine Veranlassung, einen Ehrhardt zu verhaften. Auch die Erzberger-Wörter können hier ruhig ihrem Verus nachgehen, wir würden sie niemals auslesen... Heute gehen wir auch mit Hitler zusammen.“

Angeichts dieses Dokuments freut sich der Duxer „Tag“ auf den Hitlerprozeß und auf die Abrechnung mit Knisch, der daraus entweder als „ammerlischer Schwächling“ oder als „der gleiche Schutz“ wie Loffow hervorgehen wird. Und dann schließt der „Tag“ folgendermaßen:

„Wenn der Prozeß die abgefeimten Methoden der schwarz-goldenen Internationale, deren Exponenten in München Schulter an Schulter gehandelt haben, aus Tageslicht bringen wird, was wir selbstverständlich annehmen dürfen, so wird diese Verbrecherinternationale endlich vielleicht die völkische Internationale aufsteigen in aller Welt, deren Geburt eine neue Epoche in der Weltgeschichte bedeutet.“

Das ist zwar grammatisch und stilistisch ein Blödsinn und man muß schon von guten Hakenkreuzlerischen Eltern sein, um zu verstehen, was der „Tag“ eigentlich meint. Klar ist nur der Schluppsack, der von der Auferstehung der „völkischen Internationale“ als dem „Beginn einer neuen Epoche in der Weltgeschichte“ spricht. Wir nehmen an, daß der Duxer „Tag“ demnächst eine Fortsetzung zu seinem Roman bringen wird, was er sich eigentlich unter einer völkischen Internationale vorstellt. Nahe liegt die Vermutung, daß sich nunmehr die Hakenkreuzler noch inniger an die ihnen sinnesverwandten Knüppelhelden des Auslandes anschließen und eine Verbindung zwischen den deutschen Hakenkreuzlern, den italienischen Faschisten und den erwachenden Ungarn anknüpfen werden. Der Welt würde demnach eine neue Internationale unter der Führung Mussolinis, Hortys und der „Operendivida“ Hitler bevorstehen. Der Duxer „Tag“ strengt sich heute schon an, in dieser Internationale, die beileibe keine Verbrecherinternationale ist, sich eine Vertretung zu sichern. Herr Knisch, Herr Ruffsch oder Herr Pagelt als völkischer Internationalist — das wären Figuren, die den heutigen Faschismus glanzvoll abschließen und einen kolossalen Nacherfolg erzielen könnten.

Unser Schulleid.

Eine im Abgeordnetenhaus eingebrachte Interpellation der Genossen Dietl, Cermak und Deutsch an den Unterrichtsminister betreffend die Errichtung der tschechischen Minderheitsschule in Weichenbach (Bezirk Kaplitz) führt aus, daß der dortige deutsche Ortschulrat um Bewilligung des unobligaten tschechischen Unterrichtes anfragt. Dieses Ansuchen wurde abgelehnt. Während aber das Gesuch noch liegen, gingen tschechische Agitatoren von Haus zu Haus und fragten die deutschen Parteien, ob ihre Kinder nicht tschechisch lernen möchten. In der Meinung, daß es sich um den erwähnten Sprachunterricht handle, unterschrieben die Eltern die ihnen vorgelegte tschechische Eingabe und auf Grund dieses erschlissenen Verzeichnisses wurde in Weichenbach eine tschechische Minderheitsschule errichtet, obwohl dort gar kein Bedürfnis besteht und es wurden sogar Räume des deutschen Schulgebäudes für die tschechische Minderheitsschule beschlagnahmt. Die Interpellanten fragen daher, wie der Minister die Verweigerung des unobligaten tschechischen Unterrichtes rechtfertigt, ob er bereit ist, die Angelegenheit zu untersuchen, die Beschloßnahme des deutschen Schulgebäudes zu widerrufen und jede Beeinträchtigung des deutschen Schulwesens in Weichenbach hintanzuhalten.

In einer ebenfalls dieser Tage überreichten Interpellation der Abgeordneten Genossen Schuster, Uhl und Deutsch an den Unterrichtsminister wird die Errichtung der tschechischen Minderheitsschule in Daseibach (Bezirk Taus) beleuchtet. Tschechische Agitatoren versprachen den Eltern Unentgeltlichkeit der Lehrmittel, Ausweisung in einer Schulklasse und Aussicht auf Staatsanstellungen. Einigen Eltern sollen angeblich auch Steuernachlässe versprochen worden sein, wenn ihre Kinder die tschechische Schule besuchen. Auf diese Weise wurden 45 Kinder für die Minderheitsschule gewonnen, von denen 36 rein deutsch sind und 5 einen deutschen Vater haben. Für die 45 Kinder wurde eine zweiklassige Schule errichtet, während deutsche Schulen bei einer solchen Schülerzahl gesperrt werden. Die Interpellanten verlangen daher eine Untersuchung des ungesetzlichen Vorganges, Bestrafung der Agitatoren und fragen den Minister, welche Gründe es rechtfertigen, für 45 Kinder, von denen nur vier tschechisch sind, eine Minderheitsschule mit zwei Klassen zu errichten.

Tschechisch-sozialdemokratische Beratungen.

Der Klub der Abgeordneten der tschechischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei hielt im Parlament eine Sitzung ab, in welcher Abg. Binovec über den Verlauf der Beratungen der parlamentarischen Koalition der koalitierten Parteien, soweit sie den Stand und die Durchführung der Bodenreform betreffen, Bericht erstattete. Abg. Meichner berichtete über politische Fragen, Abg. Dr. Winter über den Fortschritt der Arbeiten, die mit der Verhandlung des Sozialversicherungsgesetzes verbunden sind und ferner über außerparlamentarische Fragen; er schilderte den Stand der Verhältnisse, wie sie durch die letzte Konferenz der Kleinen Entente in Belgrad, durch den Antritt der Arbeiterregierung in England und die zwischenstaatlichen Verträge Frankreichs mit der Tschechoslowakei und Italien mit Jugoslawien geschaffen wurden. An die Berichte knüpfte sich eine Debatte. Die Ereignisse der letzten Wochen zwingen, daß mit Beschleunigung auch ein Tribunal errichtet werde, das fähig wäre, Untersuchungen zu pflegen und durch die Öffentlichkeit seiner Verhandlungen der gesamten Bevölkerung die Garantie eines gründlichen und objektiven Berichtes zu gewähren. Die Vertreter der verfassungsgesetzlichen Sektion verdoelmachten die Prinzipien ihres Elaborates über die Inkompatibilität eines Mandates eines Mitgliedes der Nationalversammlung mit einer Funktion bei einer Erwerbsgesellschaft. Es wurde beschloffen, das Elaborat zur weiteren eingehenden Prüfung dem Vorstande des Klubs und dem Exekutivauschuß der Partei vorzulegen.

Ueber Antrag des Abg. Nemeec wurde dem Präsidium des Klubs aufgetragen, die Regierung aufzufordern, den gesetzgebenden Faktoren einen eingehenden Bericht über die Zahl der unterstützten russischen Emigranten, über die Zahl der russischen Studenten und über die Höhe und den Titel der ihnen gewährten Unterstützungen, sowie darüber vorzulegen, wie schließlich der ganze Komplex der Emigrantenfrage gelöst werden wird.

Venedig tritt aus der nationalsozialistischen Partei aus.

Die Febernummer der nationaldemokratischen Zeitschrift „Myslenska“ bringt eine Meldung, in der angegeben wird, daß der Präsident der Republik vom Außenminister Dr. Venes verlangt, daß dieser angesichts der Spiritusaffäre aus der tschechischen nationalsozialistischen Partei austrete. Das Blatt sagt: „Der Präsident hat am Donnerstag dem Vorsitzenden des Senates Prasek nicht empfangen und so seinen Standpunkt zur Spiritusaffäre klar ausgedrückt. Daher ist es selbstverständlich, daß Dr. Venes, einer der ersten Mitglieder der nationalsozialistischen Partei, daraus die Konsequenzen ziehen wird. Die Defensivität wird nicht überrascht sein. Man erinnert sich, daß Minister Dr. Venes in der Vrakaffäre großen Sinn für öffentliche Moral gezeigt hat.“

Neue Vorklagen.

Kriegsanleihe — Gausgesetz.

Wie es heißt, soll die Novelle über die Kriegsanleihe im Finanzministerium beinahe vollständig fertig sein und in Kürze allen kompetenten Ministerien zur Begutachtung vorgelegt werden.

In der nächsten Zeit wird die Regierung zwei Verordnungen herausgeben, von denen die eine die Geschäftordnung für die Gouvernements, für die Gouvernementsräte und Bezirksämter enthält, während die andere den Sprachgebrauch für die genannten Korporationen in der Slowakei regelt.

Telegramme.

Loffow muß gehen!

Wenn der General fällt, muß der Generalsstaatskommissär nach!

Berlin, 1. Feber. (Eigenbericht.) Aus München wird gemeldet, daß der Rücktritt des Militärbeschlusshabers Generals v. Loffow im Kreise der bayerischen Regierung beschlossene Sache sei. Der genaue Termin der Verabschiedung steht allerdings noch nicht fest, er dürfte voraussichtlich von Loffow selbst gewählt werden. Da Loffow durch seine intime Verbindung mit dem Generalsstaatskommissär Raahr eine wichtige Rolle im Hitlerprozeß spielen wird, hängt die Frage der endgültigen Verabschiedung des Generals zweifellos mit dem Verlaufe und dem Ergebnis dieses Prozesses zusammen. Vermutlich wird dann auch das Schicksal des gegenwärtigen Generalsstaatskommissärs entschieden sein.

Das sozialistische Abkommen mit Dänemark im preussischen Landtag.

Berlin, 1. Feber. (Eigenbericht.) Im preussischen Landtag wurde die Debatte über das Grenzabkommen der sozialdemokratischen Unterhändler aus Dänemark und Deutschland fortgesetzt. Dabei gab im Namen der Staatsregierung der preussische Ministerpräsident Braun eine Erklärung ab, in der ausgeführt wird, daß Preußen die auf Grund des Versailler Friedensvertrages festgesetzte Grenze zwar niemals anerkennen werde, weil die Abstimmung nicht frei erfolgt sei, daß aber die Regierung jede Bestrebung, die sich gegen die Aufrechterhaltung des Chauvinismus und der Volkverhetzung wendet, warmstens begrüße. — Der Landtag gab sich mit dieser Erklärung zufrieden.

Auch der preussische Staatsrat beschäftigte sich mit der gleichen Frage. Der Sprecher der Rechtsparteien, Graf Raubau, erklärte in wesentlicher milderer Form als seine Parteigenossen im Landtag, daß Preußen nun auf die Vornahme einer neuen Abstimmung auf Grund vertraglicher Vereinbarung zwischen Dänemark und Preußen dringen müsse.

Poincaré an Macdonald.

London, 1. Feber. Der französische Botschafter in London fand sich heute morgen in Downingstreet ein, um dem englischen Premier die Antwort Poincarés persönlich zu übergeben.

Der französische Sozialistkongreß

Marseille, 1. Feber. (Savas.) Im Sozialistkongreß wurde die Ankunft zweier britischer Delegierten, nämlich Walthad und Brailsford angekündigt. Ein von den italienischen Sozialisten abgeschicktes Telegramm besagt, daß man dem italienischen Delegierten die Pässe verweigert habe. Der Kongreß nahm die Debatte über die Wahlstatik wieder auf. Der Vertreter des Departements Seine Inférieure beschwört die Autonomie der einzelnen Föderationen. Die Politik des nationalen Bloks nötigte die Sozialisten dazu, eine neue Wahlstatik einzunehmen. Der Delegierte der Gironde-Departements erklärte, die Wahlkoalition könne nicht bis zu einer eventuellen ministeriellen Mit-

arbeit gehen. Ein Vertreter des Seine-Departements empfahl das Wahlkartell ohne Verzichtleistung auf das Programm und ohne Allianz mit eventuellen Kandidaten, die durch ihr Verhalten zum nationalen Blokk kompromittiert erscheinen.

Die französische Kammer.

Fortsetzung der Korruptionsdebatte.

Paris, 1. Feber. Die heutige Sitzung der Kammer ist durch das Bestreben gekennzeichnet, die Diskussion über die Kriegsschäden so rasch als möglich zu beendigen. Trotzdem werden gleich zu Beginn zwei Abänderungsvorschläge eingebracht, die auf eine Revision der Fälle abzielen, in denen die Beschädigten verkürzt erschienen. Poincaré erpreist zweimal das Wort und weist nachdrücklich darauf hin, daß es der Regierung daran gelegen sei, neue Einnahmequellen zu finden und keineswegs mit neuen Auslagen zu beginnen. Er fordert die Anhänger der Regierung auf, alle Produktionsabsichten hintanzuhalten. Die beiden Anträge wurden durch Handausheben verworfen.

Schließlich verlangt Abg. Kloy die Revision aller während des Krieges abgeschlossenen Kaufverträge auf Grund des Gesetzes, das die Kammer im Juli 1920 votierte und das dem Senat zugegangen ist. Poincaré wendet sich scharf gegen den Antrag Kloy und stellt die Vertrauensfrage. Der Antrag wird mit 364 gegen 207 Stimmen abgelehnt.

Frankreich lehnt einen Völkerbündentisch in der Palzfrage ab.

Paris, 1. Feber. (Savas.) Das „Echo de Paris“ meldet, daß Frankreich keineswegs geneigt sei, die englische Anregung anzunehmen, daß die palzische Frage vor den Völkerbund gebracht werde, weil die Frage nur die Befugnisse betreffen.

Die amerikanische Petroleumkorruption.

Washington, 1. Feber. Der Senat hat einstimmig eine Resolution angenommen, durch welche der Präsident aufgefordert wird, auf gerichtlichem Wege um die Aufhebung der Petroleumpachtverträge zu ersuchen. Die Resolution bezeichnet die genehmigten Pachtverträge als ungenehmigt und den Gesetzen widersprechend.

Reid's Reise nach London.

Wien, 1. Feber. (Eigenbericht.) Die Budapestener Blätter veröffentlichen ein Kommuniqué, wonach die Reise des Genossen Reid nach London auf Grund einer Anregung Beichens erfolgt sei. Reid, der seit gestern in Wien weilt, erklärt, daß diese Darstellung erlogen sei, er bleibe bis Montag in Wien und reise sodann mit Genossen Garami und in Begleitung des Professors Baumberg, der Dolmetsch der Budapestener englischen Gesandtschaft war, nach London, wo sie ungefähr zwei Wochen zu verbleiben gedenken. Unsere Genossen werden mit der Labour Party verhandeln, und namentlich wegen der Ersetzung des gegenwärtigen englischen Gesandten in Budapest, Söhler, durch einen Arbeiterparteilier ein Einvernehmen suchen.

Den Bombenlieferanten darf kein Haar gekrümmt werden!

Budapest, 1. Feber. (Eigenbericht.) Die Militärverwaltung hat heute den Oberleutnant Maroczky, der seit einigen Wochen wegen der Bombenversendungen an den oppositionellen Abgeordneten Raffay und an den Chefredakteur Miklo in Untersuchungshaft war, auf freien Fuß gesetzt.

Minister aller Ententen bereichert auch!

Belgrad, 1. Feber. Anlässlich des Beschlusses der Agrarpartei, gegen den ehemaligen Justizminister Raja Markovics wegen Mißbrauch seiner Ministerstellung zu persönlicher Bereicherung die Anklage zu erheben, wird in Regierungskreisen erklärt, daß es sich hierbei nur um einen politischen „Nachschuß“ handle. (Natürlich, wie überall! Die Red.)

Kurze Auslandsmeldungen.

Die Entente prüft die Grenel der Liebenberg-Brigade. Budapest, 1. Feber. (M.Z.) Wie amtlich gemeldet wird, ist am 28. Jänner in Kestfent eine aus 30 Personen bestehende Entente-Kommission zu Kontrollzwecken eingetroffen.

Die Separatisten räumen. Wiesbaden, 1. Feber. (Wolff.) In der vergangenen Nacht wurde das Regierungsgebäude, das Rathaus, das Landeshaus und das Landratsamt von den Separatisten geräumt. Die Räumung ist in Ruhe verlaufen.

Auflösung des japanischen Parlaments. Tokio, 1. Feber. (Savas.) Das Abgeordnetenhaus wurde aufgelöst, um ein Mißtrauensvotum gegen die Regierung zu verhindern.

Tages-Neuigkeiten.

Ausdauer.

Im weiten Meer ragt schroff ein Fels, um den die Wogen branden. Mit donnerndem Getöse bricht sich ihre Kraft aufstanden.

Stürzt eine Woge kraftverbraucht, kommt eilends eine zweite. Erliegt sie, eilen andre schon als Helfer aus der Weite.

Und keine ist im Angriff lahm, und keine läßt sich dämpfen. Denn jede strebt zu gleichem Ziel, drum muß auch jede kämpfen.

Die Woge spült, die Woge wühlt, nichts kann ihr Endziel kürzen. Stolz ragt der Fels, doch einmal wird er in die Brandung stürzen.

Viktor Kalinowski.

Unser neuer Roman: „Der Ruf der Wildnis“ von Jack London. In unserer nächsten Nummer, am Dienstag, den 5. Feber, beginnen wir mit dem Abdruck eines neuen Romanes. „Der Ruf der Wildnis“ ist eine der meisterhaften Erzählungen aus der Feder des kürzlich verstorbenen amerikanischen sozialistischen Schriftstellers Jack London, eine spannende Tiergeschichte, die in der Literatur kaum ihresgleichen hat. Die Handlung, in deren Mittelpunkt der Wolfs- und Hund steht, spielt um die Wende des 19. und 20. Jahrhunderts auf dem Boden des Goldgräberlandes Alaska. Mit tiefem psychologischen Verständnis für das tierische Seelenleben, originell und spannend ist die Entwicklung des Hundes Bud geschildert, der durch eigene und durch die in ihm schlummernde Erfahrung hundertert, immer höher sich entwickelnder Vorarbeiten fast menschliches Verständnis und menschliches Gefühlsleben erreicht hat, der an physischer und geistiger Kraft alle seine Artgenossen weit übertrifft, in dem aber tief und unaussprechlich die Sehnsucht nach hemmungsloser Freiheit lebt. Immer stärker regt sich in Bud das Wolfsblut seiner Ahnen, immer gewaltiger wächst in dem hochintelligenten und rührend treuen Hund der Drang, dem „Ruf der Wildnis“ zu folgen, bis er dann auch wirklich, nachdem sein Herr von bestialischen Wilden erschlagen wurde und so das letzte menschliche Band zu Bud gerissen ist, sich den direkten Nachkommen seiner Urwäiter, den Wölfen des Urwaldes, beigesellt. Die Erzählung des genialen amerikanischen Dichters, die fesselnd und mit starker Phantasie, doch durchaus glaubhaft geschrieben ist, wird sicherlich lebhaftes Interesse bei unseren Lesern finden.

Der gehässige Kampf gegen die Konsumgenossenschaften führt so weit, daß Firmen sogar die Schutzmarken der Großeinzelhandelsfirmen für Konsumvereine mißbrauchen. Dies widerfuhr der tschechischen Großeinzelhandelsfirma, deren Schutzmarke „B. D. P.“ von der Schokoladen- und Konditorenfabrik „Kolina“, deren Besitzer Herr Novotny aus Kolin ist, auf die Schokoladenpackungen gesetzt wurde, ohne daß diese Firma die geringste Schutz vor der Verletzung des Markenrechtes empfunden hätte. Obwohl die Schutzmarke „B. D. P.“ in der ganzen tschechischen Lebensmittellieferung als die Schutzmarke der tschechischen Großeinzelhandelsfirmen bekannt ist, erstreckte sich der Vertreter der „Kolina“ bei der Gerichtsverhandlung, die dieser Tage vor dem Strafgericht in Stutenberg stattfand, zu erklären, daß er gar nicht wisse, daß in seiner Fabrik die Schokolade mit der Schutzmarke „B. D. P.“ versehen werde. Die ganze Schuld ruge jedenfalls der Direktor der Fabrik, Langzeil, ein gewisser Bures, der allerdings schon gestorben ist. Ein Agent der Firma erklärte sogar, daß er während seiner dreißigjährigen Berufstätigkeit noch nie etwas von einer Großeinzelhandelsfirma gehört habe; der Vertreter hatte weiter die Unversehrtheit zu erklären, daß gerade Konsumvereine Schokoladenpackungen mit der Marke „B. D. P.“ besonders oft verwenden. Die Gerichtsverhandlung mußte schließlich vertagt werden. Aus diesem Gerichtsfall ist ersichtlich, mit welchen Mitteln sich private Firmen der unangenehm gewordenen Konkurrenz der Genossenschaften zu entledigen trachten.

Ein sonderbarer Freispruch. Gegen den Schrecken seiner Pfarrer Tschernig wurden seinerzeit verschiedene Verurteilungen erhoben, und die bei der Untersuchung einvernommenen Zeugen hatten gegen den Pfarrer auch sehr belastend ausgesagt. Vor dem Kreisgericht in Leitmeritz fand nun dieser Tage die geheime Verhandlung statt, die zur allgemeinen Ueberzeugung mit dem Freispruch des Pfarrers endigte. Als bei der noch öffentlichen Einvernahme des Angeklagten der Vorsitzende diesem vorhielt, daß die Zeugenausagen für ihn so belastend seien, erklärte der Angeklagte selbstbewußt, daß die Zeugen heute schon anders aussagen würden. Die hierauf geheim durchgeführte Verhandlung brachte, wie gesagt, den Freispruch des Pfarrers, obwohl das Gericht in der Begründung selbst erklärte, daß sich der Pfarrer unliebsame Sachen zuschulden habe kommen lassen. Der Gerichtshof habe jedoch nicht die Lieberzeugung gewinnen können, daß Tschernig perverse Handlungen begangen hat.

Ein Sozialregister für Groß-Prag. In kurzer Zeit wird in Groß-Prag ein wichtiges und interessantes Register angelegt werden, das eine gründliche Grundlage für die soziale Fürsorgelätigkeit in

der Hauptstadt der Republik bilden wird. Es wird eine sachliche Sozialstatistik der Wohnungen angelegt werden, wobei zu diesem Zwecke vor allem die hygienischen, sozialen und baulichen Mängel festgestellt werden sollen. Weiter wird ein Verzeichnis aller auch der herangewachsenen Kinder angelegt werden, die der öffentlichen Fürsorge — sei es in der Form einer Unterstützung oder einer Verpflegung in einer Humanitäts- oder Heilanstalt — bedürfen. Dieses Sozialregister erfordert nicht nur große Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit der unterstehenden Organe, sondern auch einen beträchtlichen Aufwand, den der Staat gewähren wird. Die ganze riesenhafte Arbeit wird in einigen Wochen durchgeführt werden. Das Ergebnis des Registers wird ein vollständiges Bild aller sozialen und hygienischen Mängel von Groß-Prag liefern und für einen systematischen und planmäßigen Vorgang in allen Zweigen der allgemeinen Sozialfürsorge maßgebend sein.

Die Nationalität der Auswanderer aus der Tschechoslowakei im Jahre 1923 und 1922 ist aus nachstehender auf Grundlage der statistischen Daten über die Personen, für welche Auswandererpässe ausgegeben wurden, zusammengestellter Tabelle ersichtlich: Die Auswanderer waren tschechoslowakischer Nationalität im Jahre 1923 26.223, im Jahre 1922 27.647, ruthenischer (russischer) 434, 1.079, deutscher 4.056, 7.932, magyarischer 1.153, 1.669, polnischer 77, 179, jüdischer 157, 883, sonstiger 15, 40. Nach den vorläufigen Daten des Statistischen Staatsamtes wurden im Dezember 1923 Auswandererpässe in Böhmen ausgegeben für 488, in Mähren für 103, in Schlessien für 19, in der Slowakei für 632, in Karpatenrußland für acht Personen, in der ganzen Republik zusammen für 1.250 Personen. In diesen Zahlen sind die Daten der von 18 Bezirken bisher nicht eingereichten Berichte nicht enthalten. Von den Personen, für welche Auswandererpässe ausgegeben wurden, wanderten aus: nach Frankreich 580 Personen, nach den Vereinigten Staaten von Amerika 169, nach Kanada 137, nach Oesterreich 85, nach Ungarn 71, nach Argentinien 61, nach Jugoslawien 43, nach Sowjetrußland 23, nach Rumänien 25, nach Deutschland 12, nach Polen acht, nach Brasilien drei, nach sonstigen Staaten 22; bei einer Person wurde das Reiseziel nicht angegeben.

Bevorstehende Aufhebung des Pahlstams für Neffen nach Italien. Wie die Handels- und Gewerbelammer Eger mitteilt, haben sich die italienische und tschechoslowakische Regierung aus Anlaß des Abschlusses des letzten Handelsvertrages in dem Bestreben, nach Möglichkeit die Einreise italienischer Staatsangehöriger in die Tschechoslowakische Republik oder deren Durchreise durch die Tschechoslowakische Republik und die Einreise tschechoslowakischer Staatsangehöriger nach Italien oder deren Durchreise durch Italien zu erleichtern, auf folgendes geeinigt: Das Einreise- oder Durchreisevisum auf den Pässen der Angehörigen beider Staaten wird in kürzester Zeit ausgegeben, falls ein Angehöriger eines der beiden Staaten zwecks Erreichung des Durchreisevisums irgendeiner dritten Macht das vorangehende Visum des zweiten Staates benötigen wird, wird dieses Visum unentgeltlich erteilt. Beide Staaten behalten sich für ausnahmeweise, durch die sanitären Verhältnisse oder die Interessen der öffentlichen Sicherheit oder endlich durch die Regelung des Arbeitsmarktes begründete Fälle das Recht vor, neuerlich zeitweilig die Einreisevisa auf den Pässen einzuführen, wobei es selbstverständlich ist, daß diese Maßnahme aufgehoben wird, sobald die anferordentliche Ursache aufgehört. Diese Visa werden auf jeden Fall unentgeltlich erteilt. Beide Staaten behalten sich alle Rechte betreffend Ausstellung von Pässen an ihre Angehörigen mit oder ohne ausdrücklicher Bezeichnung des Bestimmungslandes vor.

Verhaftung eines Dresdner Bankiers in Plan. Der derzeit in Plan weilende Bankier Manfred Demischel aus Dresden wurde von der Gendarmerie verhaftet und dem Kreisgericht in Eger eingeliefert. Demischel, der in Plan den „versuchten Herr“ spielte und als Lebemann auftrat, wurde nach einer Depotuntersuchung aus Deutschland flüchtig. Auf Grund der von der Chemnitzer Staatsanwaltschaft eingeleiteten strobriessischen Verfolgung wurde der Bankier nunmehr in Plan festgenommen.

Den eigenen Vater erschossen. Am Samstag beschützte der Kaufmannssohn Jaroslav Hofmann in Belehrad seine Repetierpistole. Er handierte dabei unvorsichtig, daß ein Schuß losging und der Vater des jungen Mannes, der Kaufmann Josef Hofmann, vom Projektil in die Brust getroffen zu Boden sank und bald darauf verschied.

Wie man zu billigem Strom kommt. Eine Reihe von Bürgern in Frankstadt bei Mähr.-Schönberg wurde zur Anzeige gebracht, weil sie den Strom mittels Kupferdrahtes vom Zähler abgeleitet und in ihren Betrieben verwendet hatten. Das Schönberger Elektrizitätswerk erlitt infolgedessen einen Schaden von 400.000 Kronen.

Praktische Verwendung von Kaiserbüßen. Wie die rechtsstehenden Berliner Blätter mitteilen, hat der kommunizistische Stadtverordnete G. o. h., der Direktor eines Berliner städtischen Gymnasiums ist, in einer Veranlassung mitgeteilt, er habe der Not an Kreide in seiner Schule dadurch ein Ende gemacht, daß er die in der Schule aufbewahrten Gipsbüßen der preußischen Könige und deutschen Kaiser zerbrechen ließ. Die nationalistischen Blätter schreiben voll Entrüstung, daß die deutsch-nationale Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung die Anfrage an den Magistrat gerichtet habe, wie sich der Magistrat zur Beschädigung städtischen Besitzes stelle. — Des hätten sich die deutschen „Rechtsblätter“ sicherlich einmal nicht träumen lassen, daß sie, wenn auch reichlich spät, und das noch in Ver-

tretung, doch noch zu etwas Nützlichem werden verwendet werden können.

Die Bahnkarten der reichsdeutschen Abgeordneten. Ein Ausschuh des deutschen Reichstages, der die Möglichkeit von Ersparnissen im Reichstage prüfen soll, beschäftigte sich auch mit einem Ersuchen des Reichsfinanzministers, daß die Abgeordneten, die jetzt das Recht haben, in jeder Wagenklasse auf der Eisenbahn zu fahren, auf die Benutzung der ersten Klasse verzichten mögen. Alle Parteien haben dies abgelehnt. Sie erklären sich einverstanden mit einer Befreiung der ersten Wagenklasse überhaupt, glauben aber, solange diese besteht, auf das Recht zu ihrer Benutzung nicht verzichten zu können.

Die bayerischen Nationalsozialisten verfügen über große Geldmittel. Ab 2. Feber wird in München eine weitere deutschvölkische Tageszeitung unter dem Titel „Völkischer Kurier“ erscheinen. Der Herausgeber dieses Blattes ist der Gründer und L. Vorsitzende der nationalsozialistischen Partei Drexler. Es ist dies die dritte völkische Tageszeitung, die in München erscheinen wird. Drexler soll sich mit der Absicht tragen, die nationalistische Partei auf ihre ursprüngliche Form als Arbeiterpartei (?) zurückzuführen.

Wie die französische Kammer Courtes ehrt. Der Male und die sozialistische radikal-französische Kammergruppe haben eine Entschließung angenommen, in welcher sie energisch dagegen protestieren, daß das Porträt von Kautsky, das die Ministerialabteilung für kulturelle Angelegenheiten der Kammer zum Geschenk gemacht hat, seit zwei Jahren im Materiallager des Kammergebäudes aufbewahrt wird. Die Kammergruppe verlangt, daß dem Werke der gebührende Platz angewiesen wird.

Bombenfund in Barcelona. Die Polizei hat in einer Vorstadt von Barcelona ein großes Bombenlager beschlagnahmt und zahlreiche Verhaftungen vorgenommen.

Der Bombenwurf in Kowno — eine Falschmeldung. Das Litauische Preßbüro teilt mit, daß

die aus Warschauer Quellen stammenden Nachrichten über einen Bombenwurf in der Staatsoper in Kowno nicht auf Wahrheit beruhen.

Der Palazzo Trevucio in Mailand niedergebrannt. In Mailand ist gestern nachts der historische Palazzo Trevucio, in dem das Schwurgericht und das Gerichtsrath untergebracht waren, gänzlich eingestürzt worden.

Schwere Schneesturm in Italien. Aus Ancona werden Schneestürme gemeldet. Die Telegraphenlinien in Mittel- und Süditalien sind unterbrochen. Die Alpenhöhen sind vielfach durch umgestürzte Telegraphenstangen unbefahrbar.

Influenza-Epidemie in London. In London ist eine Influenza-Epidemie ausgebrochen, die sich mit großer Schnelligkeit verbreitet. Vor allem in den westlichen Stadtteilen sind zahlreiche Häuser infiziert, während die östlichen Viertel bis jetzt so gut wie verschont geblieben. Die Erkrankung beginnt gewöhnlich mit starkem Fieber, sie nimmt jedoch im allgemeinen einen nicht lebensgefährlichen Verlauf.

Ordon auf Island. In den letzten Tagen ging über Island ein orkanartiger Sturm, der großen Gebäudeschaden erzielte, nieder. Drei Motorboote sind in den Herds der Westküste und bei Reikjavik gesunken. Ein Motorboot mit einer Besatzung von sieben Mann wird vermisst und gilt als verloren.

Die Zukunft des Völkerbundes. Die deutsche Völkerbundliga in der tschechoslowakischen Republik hält am 12. März dieses Jahres im Spiegel-Saal des Deutschen Hauses in Prag ihre erste ordentliche Volksversammlung ab. Bei dieser Gelegenheit wird der berühmte Staats- und Völkerrechtler und Abgeordnete Professor Dr. Walter Schücking aus Berlin einen Vortrag über das insbesondere im gegenwärtigen Augenblick hochaktuelle Thema „Die Zukunft des Völkerbundes“ halten. Prof. Schücking wird auch in einer Reihe anderer Städte der Tschechoslowakei Vorträge halten.

Der Kampf gegen die Geschlechtskrankheiten.

Der Stadt Prag wurden durch das Gesetz vom 11. Juli 1922 und die Regierungsverordnung vom 9. Oktober 1923 gewisse Pflichten zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten auferlegt. Wenn 1½ Jahre nach Inkrafttreten des Gesetzes noch nichts geschehen ist, so ist dies vor allem darauf zurückzuführen, daß Staat und Stadt noch nicht einig sind darüber, wer die sicherlich nicht geringen Kosten für die Durchführung dieses Gesetzes zu tragen hat. Dergestalt werden in der Gesundheitskommission Groß-Prags Beratungen und Vorbereitungen getroffen, um endlich die Durchführung des Gesetzes zu ermöglichen.

Da nun in der Bevölkerung häufig falsche Ansichten über die Durchführung dieses Gesetzes und über seine Wirksamkeit verbreitet sind, möge nachstehender Versuch gemacht werden, einige Erklärungen abzugeben, um die Mißverständnisse zu beseitigen und auf diese Weise die Unterstützung der Bevölkerung zur Durchführung der Maßnahmen zu erreichen.

Warum sollen die Geschlechtskrankheiten bekämpft werden?

Diese Frage scheint überflüssig zu sein und wird manchem lächerlich vorkommen, denn es erscheint selbstverständlich, daß Krankheiten, als auch Geschlechtskrankheiten, bekämpft werden; doch es gibt keine Krankheiten, an denen große Kreise wirtschaftlich so interessiert sind, wie an den Geschlechtskrankheiten, und zwar deshalb, weil sich durch alle Maßnahmen zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten gewisse Vertriebe (Nachhilfe) in ihrer Existenzfähigkeit bedroht fühlen. Die Geschlechtskrankheiten müssen bekämpft werden, weil sie eine starke Vorbereitung erfahren haben, weil sie das Leben verkürzen, zum großen Teile schuld sind an der Kindersterblichkeit, weil ihre Behandlung viel Geld kostet und durch die große Zahl der Erkrankten der Ausfall an Arbeitstagen ein beträchtlicher ist. Daß der moralische Schaden, der indirekt damit zusammenhängt, nicht genügend hoch veranschlagt werden kann, braucht nicht näher ausgeführt zu werden. Um einen näheren Begriff über die Verbreitung der Geschlechtskrankheiten in Prag zu bekommen, sei nur erwähnt, daß nach den Erhebungen im Jahre 1921 die Zahl der jährlichen neuen Anstellungen für Groß-Prag auf ungefähr 18.000 geschätzt werden kann. Wenn also in Groß-Prag endlich Maßnahmen zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten getroffen werden sollen, so geschieht dies hauptsächlich zu dem Zwecke, um von diesen 18.000 jährlichen Opfern der Geschlechtskrankheiten wenigstens einigen Tausend ihr trauriges Schicksal zu ersparen. Daß dadurch auch viel Geld erspart wird, das sonst zur Behandlung und zur Vinderung der Folgen der Geschlechtskrankheiten verwendet werden müßte, ist auch nicht zu unterschätzen.

Wie sollen die Geschlechtskrankheiten bekämpft werden?

Das Gesetz schreibt genau vor:

1. Maßnahmen gegen die Verbreitung der Geschlechtskrankheiten; zu denen gehört: die Pflicht, sich im Erkrankungsfalle behandeln zu lassen und, falls es die Erkrankung erfordert, sich von Zeit zu Zeit einer nachträglichen ärztlichen Untersuchung zu unterziehen; ferner gewisse

Pflichten des behandelnden Arztes dem Kranken und der Behörde gegenüber unter Wahrung des Amtsgeheimnisses; Verbot der Behandlung auf schriftlichem Wege und Verbot anordnungsähnlicher Instruktionen der Behandlung, schließlich eine rechtzeitige Belehrung über die Geschlechtskrankheiten an den Schulen und bei den Schulentwachsenen.

2. Aufhebung der Reglementierungsmaßnahmen und damit auch Aufhebung der Verbote. Errichtung von Besserungsanstalten und Aufsicht über die verwehrlaste Jugend.

In den Rahmen dieser gesetzlichen Maßnahmen sollen nun jene eingegliedert werden, mit welchen in Prag die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten vorgenommen werden soll. Es ist ein großer Irrtum, anzunehmen, wie es bis jetzt meistens geschehen ist, daß die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten praktisch bloß mit der Frage der Prostitution zusammenfällt. Es ist leider in Diskussion immer und immer wieder der Versuch gemacht worden, auf diese Weise das Volk irrezuführen. Es kann nicht oft genug betont werden, daß z. B. in Prag höchstens 5-8 Prozent aller Prostituierten unter Kontrolle waren, und daß durch die Aufhebung der Verbote im Herbst 1921 nicht mehr als 121 Prostituierte in Freiheit gesetzt wurden, während für viele Tausende sich gar nichts geändert hat, für viele Tausende von denen, die keinerlei Gesundheitsaufsicht unterstanden. Aber auch die geschlechtskranken Männer waren bis jetzt in keiner Weise gehindert, ihre Krankheit weiter zu verbreiten. Diesem unhaltbaren Zustand macht das neue Gesetz endgültig ein Ende. Es hat zwar die Reglementierung von 5 Prozent der Prostitution aufrechterhalten, dagegen wurde die gesamte geschlechtskranke Bevölkerung unter ärztliche Aufsicht gestellt. Diese Ausdehnung der Reglementierung auf die gesamte Bevölkerung geschieht mit § 2 des Gesetzes, wonach

„Jeder, der von einer Geschlechtskrankheit solchen Grades befallen ist, daß sie eine Ansteckung bewirken kann, verpflichtet ist, sich von einem zur Ausübung der ärztlichen Praxis berechtigten Arzte behandeln zu lassen, und zwar privat oder in einer öffentlichen Heilanstalt.“

Wer demnach geschlechtskrank ist und sich behandeln läßt, der hat von den Strafbestimmungen des neuen Gesetzes nicht das Geringste zu fürchten. Man sollte glauben, daß jeder Kranke ein Interesse daran hat, sich solange behandeln zu lassen, bis er gesund ist. Die Erfahrungen lehren aber, daß das leider zum geringsten Teile der Fall ist. Deshalb war es nötig, zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten zu einer derartigen Maßnahme zu schreiben. In der Praxis läßt sich diese Behandlungspflicht folgendermaßen durchführen: der bemittelte Kranke kann sich beim Arzte seiner Wahl behandeln lassen, die Kassenpatienten haben durch ihre Krankenkassen die Möglichkeit fachärztlicher Behandlung und die Mittellosen, die in ihrer Klasse sind, werden laut § 3 des Gesetzes auf Staatskosten behandelt. In Groß-Prag dienen diesem Zwecke die Kliniken, Polikliniken, Beratungsstellen der Gesellschaften zu. Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten und Ambulatorien.

Die Art der Geschlechtskrankheiten bringt es manchmal mit sich, daß der Kranke von Zeit zu Zeit sich einer nachträglichen Untersuchung unterziehen muß; solange er dies nach den Vorschriften seines Arztes freiwillig tut, hat er von dem Gesetze nichts zu fürchten. Nur derjenige, der dieser Aufforderung zur nachträglichen Untersuchung nicht nachkommt, bekommt die volle Strenge des Gesetzes zu fühlen. Und hier tritt § 5 des Gesetzes in Kraft, der besagt:

„Droht die Gefahr, daß eine geschlechtskranke Person durch ihre Lebensweise oder durch Nicht-einhaltung der gesetzlichen Anordnungen die Krankheit auf Personen, mit denen sie verkehrt, übertragen kann, so kann sie über behördlichen Auftrag (§ 25, in eine Heilanstalt gebracht und dort bis zur Abheilung der Symptome der Übertragbarkeit behandelt werden.“

Ergänzt wird dieser § durch die Regierungsverordnung, in der es heißt:

„Bei Personen, bei denen eine geschlechtliche Erkrankung amtlich konstatiert wurde und die den Geschlechtsverkehr mit häufiger Abwechslung und gegen Entgelt pflegen, oder die den Behörden wegen ihres niedrigen Lebenswandels bekannt sind, ferner die in ihrem Berufe bei unvollständiger Heilung die Krankheit auf andere Personen übertragen könnten (Masseur, Gastwirte, Kellner, Lebensmittelproduzenten, Fedammen, Krankenschwäger u. dgl.), oder die durch Anstaltung die Mitbewohner, Familienmitglieder oder Mitarbeiter gefährden könnten (Dienstboten, Bettgeher, Lehrlinge, Bedienstete im Geschäft u. dgl.), kann die Behörde (§ 23 des Gesetzes) das Verfahren nach dem § 4 und 5 dieser Verordnung einleiten, um zu konstatieren, ob sie der Pflicht, sich behandeln zu lassen, entsprechen.“

Es ist also nicht wahr, daß die Reglementierung aufgehoben und kein Ersatz dafür geschaffen wurde. Im Gegenteil, der Kreis derjenigen Personen, die nunmehr der Kontrolle unterstellt werden, falls sie krank sind und trotz dieser Krankheit sich nicht behandeln lassen und damit eine Gefahr für die Umgebung bilden, ist erweitert worden.

Die einzige Schwierigkeit zur Durchführung dieser Maßnahme liegt derzeit nur noch darin, daß der Staat kein Geld dazu hergibt und die Stadt es nicht besitzt. Die jetzt stattfindenden Beratungen sollen die Möglichkeit bieten, aus diesem Dilemma einen Ausweg zu finden.

3. Bisher war von den Pflichten des Kranken die Rede. Aber das Gesetz legt auch dem behandelnden Arzt gewisse Pflichten auf. Der eine geschlechtskranke Person behandelnde Arzt ist verpflichtet, der Behörde schriftliche Anzeige zu erstatten, wenn der Kranke seine Vorschriften nicht einhält und wenn damit die Gefahr entsteht, daß er die Ansteckung auf andere Personen überträgt; oder wenn der Kranke das Heilverfahren unterbricht und nicht nachweist, daß er irgendwo in Behandlung steht, und wenn er sich der nachträglichen ärztlichen Untersuchung entzieht. Der Arzt hat ferner beim Kranken nach der Ansteckungsquelle zu forschen und die Mitteilungen der Behörde anzugeben; er hat den Kranken auf die Übertragbarkeit der Krankheit und auf die Strafbarkeit der Übertragung der Ansteckung aufmerksam zu machen, gegebenen Falles ihn vor der Einschließung zu warnen und ihm gegen ordnungsmäßige Bestätigung eine gedruckte Belehrung auszufolgen. Schließlich kann das Gesundheitsministerium von den Ärzten und Heilanstalten die Anmeldung der Geschlechtskranken ohne Angabe der Namen der Erkrankten verlangen (zu statistischen Zwecken).

4. Pflichten des Staates. Der Staat verlangt von jedem Kranken Behandlungspflicht und von den Ärzten Anzeigepflicht der Ansteckungsquelle und der nachlässigen Kranken. Der Staat verpflichtet sich, die

Erleichtert die Steuerlast der Arbeiter!

Ein Antrag der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten: Abschreibung der Einkommensteuer von 1919 bis 1923 bei Einkommen aus Dienst- und Lohnbezügen unter 25.000 K.

Die jahrelang andauernde Wirtschaftskrise hat zehntausende von Arbeitern in der Tschechoslowakei in schwere materielle Bedrängnis veretzt. In der Zeit, da die Arbeiterschaft vollständig arbeitslos war oder da die Arbeiter nur verengt arbeiteten, mußten vielfach Schulden aufgenommen werden, um das nackte Leben fristen zu können und wenn auch ein Teil der früher arbeitslos gewordenen Arbeiter nunmehr in die Produktion wieder eingestellt ist, wieder einen, wenn auch reduzierten Lohn bekommt, so muß ein Teil dieses Lohnes dazu verwendet werden, alte Schulden abzutragen und gewisse Bedürfnisse (Kleider und Schuhe) zu befriedigen, die in der Zeit der Arbeitslosigkeit absolut nicht befriedigt werden konnten. Und gerade in dieser Zeit droht den Arbeitern große Gefahr. Die Steuerbehörden, welche jahrelang den Arbeitern keine Einkommensteuer vorgeschrieben haben, so daß der Arbeiter gar nicht in der Lage war, die Einkommensteuer zu bezahlen, kommen nun mit ungeheuren Steuervorschreibungen für die Jahre 1919 bis 1923. In der Zeit der Krise und der gesunkenen Löhne soll nun der Arbeiter Steuern bezahlen, für die kurze Nachkriegskonjunktur, wo die Löhne höher waren als jetzt. Wenn die Steuerbehörden tatsächlich gewillt sind, diese in früheren Jahren nicht vorgeschriebenen und nicht eingetragenen Steuern von den Arbeitern jetzt plötzlich zu verlangen, wird dies für tausende von Arbeitern eine Katastrophe sein. Es sind uns Fälle bekannt, wo Arbeiter Vorschreibungen für rückständige Steuern bis zu 2000 K. erhielten! Es ist ganz und gar unmöglich, daß der Staat tatsächlich von den Arbeitern die Bezahlung dieser Steuerrückstände verlangt.

Sowohl der deutsche Gewerkschaftsbund als auch der Klub der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten haben sich mit dieser, der Arbeiterschaft drohenden Gefahr eingehend befaßt und sind zur übereinstimmenden Erkenntnis gelangt, daß mit aller Kraft daran gearbeitet werden muß, diese Gefahr von den Arbeitern abzuwenden. Die Abgeordneten Hausmann, Pohl und Kaufmann haben daher der Kammer des Abgeordnetenhauses einen Gesetzentwurf überreicht, durch welchen das Gesetz vom 20. Oktober 1906, Nr. 220 R. G. Bl., die Novelle vom 23. Jänner

1914, Nr. 13 R. G. Bl., und die Gesetze vom 9. April 1920, Nr. 313 und vom 22. August 1921, Nr. 336 S. d. G. u. Vdg., ergänzt werden. Der Gesetzentwurf lautet:

Die Nationalversammlung der Tschechoslowakischen Republik hat nachstehendes Gesetz beschlossen:

- § 1. Die für die Jahre 1919 bis 1923 vorgeschriebene Einkommensteuer samt Kriegszuschlägen wird, insofern das Einkommen aus Dienst- und Lohnbezügen herrührt und den Betrag von 25.000 K nicht übersteigt, abgeschrieben.
- 2. Insofern eine solche Steuer bereits bezahlt wurde, sind die bezahlten Beträge den Steuerpflichtigen auf die künftig fällig werdende Steuer gutzuschreiben bzw. bei Entfall einer Steuerpflicht zurückzubehalten.
- 3. Für die Jahre 1919 bis einschließlich 1923 hat die Vorforderung der noch nicht vorgeschriebenen Einkommensteuer samt Kriegszuschlägen zu unterbleiben, insofern das Einkommen aus Dienst- und Lohnbezügen herrührt und den Betrag von 25.000 Kronen nicht übersteigt.

§ 2. Die für die Zeit bis zum Jahre 1919 rückständige Einkommensteuer samt Kriegszuschlägen aus Dienst- und Lohnbezügen bis zu einem Einkommen von 25.000 K wird nicht eingetrieben.

§ 3. Dieses Gesetz tritt mit dem Tage seiner Kundmachung in Wirksamkeit. Mit seiner Durchführung wird der Finanzminister beauftragt.

Wir hoffen, daß die Regierung diesem für die Arbeiterschaft nicht aufschiebbaren Problem nicht aus dem Wege gehen wird, daß sie den hier mitgeteilten Gesetzentwurf nicht deswegen ignorieren wird, weil er von der Opposition stammt, sondern den berechtigten Interessen der Arbeiterschaft Rechnung tragen wird. Auch die tschechischen Arbeiter haben dasselbe Interesse an dieser Frage wie die deutschen Arbeiter und wir hoffen deshalb, daß alle tschechischen proletarischen Parteien diesen Antrag der sozialdemokratischen Abgeordneten unterstützen werden.

Maßnahmen für Groß-Prag.

Die Gesundheitskommission von Groß-Prag hat sich in der letzten Zeit intensiv mit der Frage der Durchführung des Gesetzes befaßt; ein vordringender engerer Ausschuß (Stadhygienikus Dr. Prochajza, Polizeiarzt Dr. Šušter, Frau Kubíček, Dozent Dr. Becht) hat einen Vorschlag vorbereitet, der das Gesetz und die Durchführungsverordnung für Prag verhältnisse zu ergänzen hat. Es sind noch zwei Enqueten geplant, die unter Hinzuziehung aller in Frage kommenden Ämter und Vereine und unter Berücksichtigung der jetzt noch prächtig vorhandenen Gesundheitsmittel die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten in Angriff nehmen. Um nun der Öffentlichkeit zu erklären, um was es sich handelt, und Klar zu machen, daß dem Hauptziele der so weit verbreiteten Geschlechtskrankheiten persönliche Interessen und wirtschaftliche Fragen Einzelner nachstehen müssen werden einige Erklärungen über die gedachte Durchführung abgegeben.

1. Wer gesund ist, hat vom Gesetze nichts zu fürchten;

2. jeder Geschlechtskranke, ob Mann oder Frau, Prostituierte oder Nichtprostituierte, hat ebenfalls vom Gesetze nichts zu fürchten, wenn die durch das Gesetz auferlegten Pflichten erfüllt werden, d. h.

wenn der Kranke sich in ärztliche Behandlung begibt und solange bleibt, bis er für nicht mehr ansteckend erklärt wird;

wenn er während der ansteckenden Periode seiner Erkrankung niemanden gefährdet;

wenn er sich den bei der chronischen Art der Geschlechtskrankheiten nötigen Nachuntersuchungen gewissenhaft unterzieht.

Praktisch ist die Sache so gedacht, daß alle Geschlechtskranken zur Behandlung gelangen, insbesondere dadurch, daß jeder Arzt den Kranken, der freiwillig zu ihm kommt, auf die Gefährlichkeit seiner Krankheit aufmerksam macht, ihm eine gedruckte Belehrung einhändig und sich den Empfang belästigen läßt; ferner aber — und das ist das Wichtigste — nach der Quelle der Anstehung diese Anstehungsquelle (Mann oder Frau) machen, dann wird die betreffende Person distret zum Amtsarzt vorgeladen und aufgefordert, den Nachweis der Gesundheit zu erbringen. Das kann geschehen durch Vorlegen eines privatärztlichen Zeugnisses (Facharzt), oder im Falle der Mittellosigkeit durch Vorlegung eines Zeugnisses, daß die zu diesem Zwecke beauftragte unentgeltlichen Behandlungsstellen (Kliniken, Polikliniken, Beratungsstellen, Ambulatorien, Klassenärzte) ausstellen, oder schließlich durch ein Zeugnis des Amtsarztes selbst. Wird der Betreffende für gesund erklärt, so ist die Angelegenheit erledigt; im Falle einer Erkrankung und wissenschaftlichen Übertragung wird die Anzeige erstattet. Jedenfalls wird aber der betreffende Kranke gezwungen, sich nun behandeln zu lassen; auf diese Weise wird eine Infektionsquelle ausgeschaltet. Bei wiederholten Anzeigen gegen eine Person (Prostituierte) ist durch Anordnung regelmäßiger Nachuntersuchungen die Möglichkeit geboten, den Gesundheitszustand zu überwachen.

Wenn Befürchtungen bestehen, daß die erkrankte Person durch die Art ihrer Erkrankung die Umgebung gefährden kann, kann auch die Abgabe an ein Krankenhaus verfügt werden.

Man ersieht aus dem Gesagten, daß die bis jetzt wirkungslose Kontrolle eines kleinen Prozentsatzes der Prostituierten zwar aufgehoben, dagegen die gesamte geschlechtskranke Bevölkerung unter Kontrolle gestellt wurde.

Gelangt eine schriftliche Anzeige an das Hygienikat, in welcher jemand beschuldigt wird, geschlechtskrank zu sein, dann wird dem Betroffenen in distrekter Weise eine Vorladung zum Hygienikat zugestellt, der der Betreffende unbedingt Folge leisten muß, falls er es nicht darauf ankommen lassen will, dann zwangsweise vorgeführt zu werden. Der Vorgang wird dann derselbe sein, wie oben erwähnt, der Betreffende kann sich entweder selbst ein Gesundheitszeugnis beschaffen, oder von dem Arzte untersuchen lassen.

Da das Gesetz die Möglichkeit bietet, Personen, die durch ihren Lebenswandel verdächtig sind, Geschlechtskrankheiten zu übertragen, unter ständige Kontrolle zu stellen, so haben die Aufsichtsbehörden (Magistrate, Polizei) die Möglichkeit, jederzeit Personen, die durch ihr Betragen den Verdacht der Prostitution erwecken, zur Vorlage eines Gesundheitszeugnisses aufzufordern. Die betreffenden Akten werden gesammelt werden; auf diese Weise wird dann mit der Zeit eine Registrierung aller Geschlechtskranken entstehen und sich die Möglichkeit bieten, sich durch nachträgliche Untersuchungen zu überzeugen, ob sie ihrer Verpflichtung, sich behandeln und ausschließen zu lassen, auch wirklich nachkommen.

Das Gesetz verbietet auch anstößliches Anbieten der Behandlung und es werden Vorkehrungen getroffen werden, durch eine strenge Zensur

Der Tischlerlehrling.

Von Ralph Springer.

Frei war nicht, wie seine Mitschüler, allein zu dem Meister Kooistra gekommen, eine Lehrstelle zu suchen, sondern seine Mutter hatte ihn bei dieser Gelegenheit begleitet. Und sie war mit Meister Kooistra und dessen Sohn in seinem kleinen Kontor beisammen gewesen, während draußen die Jungen und die Halberwachsenden dem verlegenen, mageren Bärschchen allerlei seltsame Grimassen schünten.

Als denn nun am nächsten Montagmorgen Frei als Lehrling in das Tischlerhandwerk hineingeführt, ließ er bei seinen Kameraden auf Lüne Spur von Sympathie und Achtung. Ein „Muttersehnchen“, das noch nicht mal soviel Schneid besaß, sich allein einem Meister zu suchen, so nannten sie ihn.

Frei heulte schon in der ersten Stunde. Er mußte die Werkstätte aufräumen und die Hobelspane in Leinwand säuen, und das tat er nach dem Urteil seines unmittelbaren Vorgesetzten nicht klug genug. Denn Jan, der nur ein Jahr älter war als er, war so streng und so anspruchsvoll, wie es nur ein erwachsener Arbeiter sein konnte. „Nicht so langsam, Dusehans!“, herrschte er Frei an, „nicht so gemächlich, mein gnädiges Fräulein. Hast du daheim bei deiner Mutter noch niemals den Fußboden gefegt?“

„Ne“, sagte Frei unschuldig, „das brauch ich daheim niemals zu tun.“

„Na, und hier wirst du's tun, so oft es nötig ist. Und du wirst die Hobelspane mit deinen Händen aufräumen.“

Gerade dies war Frei so sehr zuwider, weil er die Gesellen in die Späne hat spucken sehen.

Als er sie deshalb ungeschickt mit zwei Brettern zusammenscharrte und sie nicht in den Saal zu bringen vermochte, packte ihn Jan beim Kragen und schob ihn mit dem Gesicht hinauf.

Jannte meinte es nicht so schlimm. So wurde in jeder Werkstätte, in jeder Fabrik mit den neuen Lehrbuben umgesprungen, bis sie sich abgehärtet hatten gegen die ihnen Unannehmlichkeiten, die mit der Arbeit verbunden sind. Eigentlich meinte, ja erwartete er, daß Frei sich sträuben und eine Balgerei daraus entstehen würde, die dann nur einmal die Autorität erdgütig besiegeln sollte.

Aber Frei sträubte sich nicht und ließ sich wie ein Lamm in die Hobe spane niederdrücken. Als Jan ihn losließ, blieb er liegen, das Gesicht in die Späne gedrückt.

Das war etwas Neues; so was hatte er noch nie mitgemacht. Ein Junge, der sich nicht widersetzte, wenn man ihn hinwarf und sogar liegen blieb, wenn man ihn losließ!

Als sich aber nach einer halben Minute Frei noch immer nicht aufgerichtet hatte, lehnte er ihn um. Sein Gesicht war rot und in seinen Augen glänzten Tränen.

Frei weinte. Aber nach einigen ansehernden Rippenstößen stand er auf und verdrängte die von ihm vererbte Arbeit. Und nachher allerlei kleine Verrichtungen, lauter widerwärtige Handlungen, von denen endlich erlöst zu sein, er frech war. Am Nachmittag heulte Frei noch einmal, als er den Kragnetrog säubern mußte.

Tischler zu sein, hatte er sich eigentlich ganz anders vorgestellt: in der einen Hand einen Hammer, in der anderen einen widerwärtigen Nagel, und ihn dann munter auf den Kopf schlagen, wobei man ein lustiges Liedchen singt. Oder unbesorgt auf dem Absatz eines Baugerüstes stehen und mit den Kameraden unten scherzen, die ihm Bret-

ter und Latten zuwerfen, die er anfassen muß . . . hup . . . da gehen sie in die Höhe!

Und nun mußte er den Fußboden fegen und schmutzigen Plunder aufräumen und den Kragnetrog säubern.

Indessen gab es später zuweilen auch heitere Augenblicke. Manchmal durfte er Dorus oder Piet oder einen anderen erwachsenen Gesellen, wenn sie irgendwo einen kleinen Arbeitsauftrag auszuführen hatten, begleiten. Dorus summt unterwegs ein Liedchen oder er traf einen Kameraden und plauderte oder lachte ein Weilchen mit ihm. Dann lacht Frei mit, ohne Grund nur um mitzuhaben, und dann dachte er an ein Bildchen aus einem Schulbuch: der lustige Tischler und sein kleiner Freund.

Aber diese Augenblicke der Illusion währten nur kurze Zeit, und ihr Glück bedeutete nichts neben all den rauhen Worten und all den widerlichen Verrichtungen in der Werkstatt.

Am meisten vor allem fürchtete Frei die Freundlichkeit der Meisterin.

Und lieber tat er die unangenehmen Dinge, die ihm Jan auftrug, als daß er der sanften Stimme zur Ruhe folgte.

Da mußte er häusliche Besorgungen machen: Milch holen, zum Krämer gehen oder gar zum Gemüsehauer.

Das erste Mal, als sie ihm den Auftrag gab, einen Liter Milch zu holen, schaute er sie mit hilflosen Augen an.

„Milch soll ich holen?“ fragte er leise, als glaubte er, falsch verstanden zu haben, und als fürchtete er, dennoch „ungezogen“ zu sein.

„Ja, warum nicht? Geh' nur schnell!“, sagte die Gnädige.

Er wollte fragen, ob nicht das Dienstmädchen dies tun könne, aber er wagte es nicht. Seine Mutter hatte ihm ausdrücklich gesagt, daß er nicht

widersprechen dürfe, gegen wen es auch sein mochte, nichts verweigern dürfe, und daß er gegen jedermann gehorsam sein müsse.

So ging er denn, aber es war eine harte Aufgabe für ihn. Denn wie schüchtern er auch war und wie klein er sich auch machte, so sahen ihn doch ungläublich viele kleine Kameraden und Freundinnen. Und sie glotzten ihn mit verschämter Bewunderung an und riefen ihm Sportworte nach. Die einen Jungen am meisten und empfindlichsten tranken.

„Mein Fräulein!“, rief einer, „darf ich Ihnen den Arm bieten?“

„Ei, seht mal das reizende Dienstmädchen“, rief ein anderer. „Ich will ihr einen Fuß geben.“

Da flüchtete er, aber die Milch gluckte in der Kanne und fleg zuletzt über den Rand. Die Gnädige war mit dem „Mach“ nicht zufrieden und verdrängte ihn, von der Milch genascht zu haben. Und sie wies ihn mit Nachdruck darauf hin, daß ein tüchtiger Tischler zu allererst lernen müsse, Besorgungen zu machen ohne Fehler, und vor allem Dingen von dem, was er zu holen habe, nicht nachsehen dürfe.

Er begriff, daß er sich auch in dieser Hinsicht fügen und die Angst vor dem Gespött seiner kleinen Freunde überwinden müsse. So lehrte er sich selbst, allerlei Dinge wie Milchkannen und Marktörbchen unter seiner Jacke zu verbergen, ohne daß es zu sehr die Aufmerksamkeit erregte. Und allmählich begriff er denn auch, was die Mutter damit gemeint hatte, als sie zu einer Nachbarin gesagt hatte, daß ihrermann sein Kreuz zu tragen habe. Dies hier, seine Lehrzeit bei Meister Kooistra, war sein Kreuz, und das mußte er gebuld'g tragen.

Bis der Tag seiner großen Heimkehrung kam. Es war ein Mittwoch Nachmittag im Frühherbst und alles: die Blätter an den Obstbäumen, die

der Inzerate auf diesem Gebiete Abhilfe zu schaffen. Es ist leider unter dem Publikum zu wenig bekannt, daß ein Teil der Ärzte, die sich in marktlicher Weise zur raschen und gründlichen Behandlung von Geschlechtskrankheiten anerbieten, absolut nicht verlässlich ist. Es gilt hier bei uns das gleiche von diesen Ärzten, wie in Deutschland, von denen einst Prof. Pfaffsohn sagte, daß es auch unter den Ärzten leider eine ganze Reihe von unläutereren Elementen gibt, die in genau derselben verbrecherischen und schamlosen Weise die Kranken als Ausbeutungsbjekte betrachten, wie das die Kurpfuscher tun, das sind die sogenannten „Ammonzeure“. Diese können durch das Gesetz getroffen werden, obwohl das approbierte Gesetz sind.“ Er hat deshalb Verbot des öffentlichen Anbieten zur Behandlung von Geschlechtskrankheiten beantragt. Bei uns konnte leider ein Verbot nicht erzieht werden, aber es soll wenigstens durch eine strenge Zensur der Unzuf dabei abgeschafft werden.

Ferner wird ein Verzeichnis aller Fachärzte angelegt und gedruckt werden, welches in den Apotheken, Amtsräumen u. dgl. ausgehängt sein wird.

Es hat großes Aufsehen erregt, daß die Vorbelle abgeschafft wurden. Das geschah aus der Ueberzeugung, daß sie gesundheitlich nicht soviel Vorteile bieten, als sie sozialen Schaden anrichten; deshalb wird auch in Zukunft nicht daran gedacht, sie wieder bei uns einzuführen. Die Erbschaftsleute, die sich dafür bei uns ausgebildet haben (Paris, Wien usw.) mit weiblicher Bedienung u. dgl.) werden in dieser Beziehung strenge beaufsichtigt werden und der Besitzer bestraft, falls ihm das Uebertreten der diesbezüglichen Bestimmungen über die Kuppelerei nachgewiesen wird.

Es sind aber auch Maßnahmen beabsichtigt, die die Bevölkerung auf die Möglichkeit, sie vor den Geschlechtskrankheiten selbst zu schützen, aufmerksam und auf diese Weise den auferzehlischen Geschlechtsverkehr verhältnismäßig ungefährlich machen. Insbesondere wird Wert darauf gelegt werden, daß all die bekannten Zusammenkünfte derart hygienisch ausgestattet sind, daß diese Pflicht der Gesunderhaltung erfüllt werden kann.

Dagegen gibt es gesehlich keine Möglichkeit, die Anknüpfung von Beziehungen zwischen den beiden Geschlechtern zu verbieten, falls sie sich nur in den Grenzen des öffentlichen Anstandes halten, und da scheint es wichtig zu sein, eine grundlegende Feststellung zu machen: die Gesetzgeber haben den Standpunkt vertreten, daß der Geschlechtsverkehr, also auch der außereheliche Geschlechtsverkehr, kein strafbares Verbrechen darstellt. Der Zweck des Gesetzes ist nur der, die Geschlechtskrankheiten zu bekämpfen, öffentliches Aergernis hintanzubehalten und die Verführung jugendlicher Personen zu verhindern. Wenn sich also der außereheliche Geschlechtsverkehr mit Ausschluß der genannten Umstände vollzieht, ist der Zweck des Gesetzes erreicht. Deshalb wird also auch in den Zukunftsanträgen der Gesundheitskommission Wert gelegt auf eine rechtzeitige Belehrung und Warnung der Jugend, auf Berücksichtigung der sozialen Ursachen der Prostitution und Unterstützung all derjenigen Bestrebungen, die darauf hinarbeiten, den Zulauf zur Prostitution zu verhüten. Insbesondere sollen die Ruhestörer und Vermittler der Prostitution an ihrer volksschädigenden Tätigkeit gehindert werden.

Wenn dies durch Mitwirkung aller dazu verpflichteten und berufenen Behörden und Körperschaften gelingt, dann ist der Zweck des Gesetzes erreicht und die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten sofort organisiert, daß man daran gehen können wird, die Plage der Geschlechtskrankheiten auszurotten.

Dozent Dr. Hugo Scht.

grauen Pflastersteine, die Bretter in der Werkstatt — alles glänzte im herbstlichen Sonnengold. Und Friz sah sinnend in einer Ecke und dachte an einen Schulausflug in den Wald, den er vor einem Jahre mitgemacht.

Wichtig wurde er aus seinem Sinnen aufgeschreckt.

„Friz, Friz!“ rief die Gnädige von draußen herein, „komm mal her!“

Er ging zur Haustür. Die Gnädige stand dort im Gepolde mit einer Dame, ihrer Schwester, und neben ihr stand ein Kinderwagen mit einem kleinen Mädchen darinnen.

„Es ist doch nicht zu gewagt, Zuse?“ hörte er die Schwester fragen.

„D nee — sei nur beruhigt. Er hat's zwar stark hinter den Ohren, ist aber sehr willig und vorständig“, antwortete die Gnädige.

„Weißt du, was du tun sollst?“ sagte sie dann laut zu ihm. „Du fährst vorständig den Wagen meiner Schwester ein halbes Stündchen herum. Fahre in die Sonne, aber bleibe nicht stehen, sonst fängt die Kleine zu heulen an.“

Er schreckt und verblüfft schaute er sie an. Er, ein Junge, sollte einen Kinderwagen fahren? War das nun auch Tisch'errbeit?

Wie gebaldig er auch war, so begann es jetzt doch in ihm zu gären und zu brodeln. Er empfand es als eine dem Mann von einem Weibe absichtlich und aus Herrschsucht zugefügte Kränkung.

Dies erschien ihm als die erniedrigendste Arbeit, die ihm während seiner ganzen bisherigen Lehrzeit aufgetragen worden war.

Einen Augenblick dachte er daran, sich zu weigern, aber die Gnädige achtete nicht mehr auf ihn. Laut über das Wetter redend, ging sie mit ihrer Schwester ins Haus.

Friz fühlte sich unglücklich und traurig. Mit einem Blick des Werdretens und des Abscheus starrte er in den Wagen, nach dem kleinen Mädchen.

Einführung von Getreidezöllen auf Umwegen.

Erhöhte Umsatzsteuer auf Getreide- und Mehlimporte.

Wir haben bereits vor einigen Tagen darauf hingewiesen, daß bestimmte Kreise von Produzenten, und zwar die großen Grundbesitzer und die Müller die Einführung einer hohen Umsatzsteuer auf Getreide- und Mehlimporte verlangen, und haben ausgeführt, daß dies ein verstedter Getreidezoll wäre. Daß diese Befürchtung nicht unbegründet war, dafür diene als Beweis die nachstehende Meldung der „Prager Presse“:

Die Umsatzsteuer für Importe. Wie wir erfahren, wurde die Regierungsverordnung über die Umsatzsteuerung von Importwaren bereits fertiggestellt. Ihr zufolge werden einzelne landwirtschaftliche Mahlprodukte und Futtermittel beim Import der Umsatzsteuer unterworfen. Die Steuer wurde nicht, wie ursprünglich propontiert wurde, in Prozenten, sondern mit einem bestimmten Satz pro 100 Kilogramm festgesetzt, und zwar pro 100 Kilogramm Weizen 3.50 K., Korn 3.50 K., Mais 1.00 K., Buchweizen 3 K., Hirse 2.50 K., Vohnen 2.50 K., Hafer 3.50 K., Erbsen 5 K., Linsen 12 K., Wicke 3 K., Lupinen 2 K., Mehl aus Getreide und Hülsenfrüchten 10 K. und Grieß 12 K.

Nach dieser Meldung würde bei einem Weizenpreis von 180 Kronen die Umsatzsteuer auf eingeführten Weizen zwei Prozent, bei Korn (bei einem Preis von 150 Kronen) mehr als zwei Prozent, bei Mais (bei einem Preis von 150 Kronen) ein Prozent, bei Mehl (bei einem Preis von 275 Kronen) sogar vier Prozent und bei Grieß (bei einem Preis von 285 Kronen) über vier Prozent betragen! Nun ist es bekannt, daß die Umsatzsteuer in Wirklichkeit viel größer ist als es die angeführten Sätze besagen, denn das eingeführte Mehl oder Getreide geht durch mehrere Hände, bis es den Konsumenten erreicht, so daß die Umsatzsteuer bei eingeführtem Mehl vielleicht acht bis zehn Prozent betragen würde. Dies hätte eine bedeutende Verteuerung des Mehles zur Folge und liefert wieder den Be-

weis, was von der sogenannten Preisabbauaktion der Regierung zu halten ist. Der ganze Preisabbau ist eine Demagogie der Regierung und der Koalitionsparteien.

Aber das ist noch nicht das Aergste. Das Empörende ist, daß damit das eingeführte Mehl mit einer höheren Umsatzsteuer belegt ist, als das inländische. Nun hat das inländische Mehl bei gleicher Qualität selbstverständlich den gleichen Preis wie das ausländische, den dem Konsumenten ist es ganz gleichgültig, ob das Getreide, aus dem das gefaufte Mehl gemahlen ist, in Amerika oder bei uns gewachsen ist. Das heißt also, die hohe Umsatzsteuer bei eingeführtem Mehl und Getreide ist nichts anderes, als ein versteckter Getreide- oder Mehlezoll. Die Agrarier sind nicht in der Lage, in aller Öffentlichkeit den Zoll auf Getreide und Mehl festzusetzen. Das Bewilligungsverfahren, gemäß dem der Handelsminister die Einfuhr von Mehl und Getreide verbieten kann, ist ihnen auch nicht genug. Infolgedessen können sie, wie man Getreidezölle einführen kann, ohne daß es die Bevölkerung merkt. Um dieses Mittel ist die erhöhte Umsatzsteuer auf eingeführtes Mehl und Getreide, die durch bloße Regierungsverordnung in Kraft gesetzt werden kann. So wird, ohne daß das Parlament auch nur ein Wort hineinsprechen kann, ein versteckter Getreidezoll eingeführt. Vielleicht ist das auch mit ein Grund, warum die Koalition das Parlament nicht zusammentreten lassen will.

Die geplante Erhöhung der Umsatzsteuer für ausländische Getreide- und Mehlimporte ist ein Beweis dafür, mit welcher Fähigkeit und Energie die Agrarier an der Einführung der Getreidezölle arbeiten. Die Arbeiterschaft muß über diese Schliche und Pfiffe der Agrarier aufgeklärt werden und alle proletarischen Parteien müssen diesen unerhörten Angriff auf die Lebenshaltung der Arbeiterschaft rücksichtslos zurückweisen.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Unersreuliche Erscheinungen im graphischen Gewerbe.

Unser Bericht in Nummer 25 des „Sozialdemokrat“ veranlaßt den Reichsdeputierten „Vorwärts“ zu einer Entgegnung in der üblichen kommunistischen Art, in der aber mehr gelogen wird, als es selbst dem „Vorwärts“ im Verhältnis zur Größe der Sache, um die es sich handelt, notwendig erscheinen sollte. Wir bemerken, daß unser Aufsatz auf Grund eines Artikels geschrieben wurde, den wir in der „Gewerkschaftlichen Rundschau“ gelesen haben. In diesem wird in auch für den Fernstehenden sehr interessanten und vor allem in sachlichen Ausführungen diese Organisationsfrage behandelt. Wir sind daher in der Lage, nach den Ausführungen dieses Artikels noch auf die größten Unwahrheiten der „Vorwärts“-Notiz vom Donnerstag zu verweisen.

Nach den unvermeidlichen Ausfällen gegen verschiedene „Führer“ heißt es zuerst, daß diese die Buchdrucker seinerzeit aus dem Prager Zentralverein Typograficka Beseda herausgeholt wollten. Das ist die Lüge Nummer eins. — Niemals wurden vom Deutschen Gewerkschaftsbunde

und von der Graphischen Union solche Anstrengungen gemacht, sondern es wurde auf Grund der damaligen Entscheidung der Buchdrucker bisher niemals in deren Organisationsverhältnisse von der in der „Vorwärts“-Notiz bezeichneten Seite eingegriffen.

Es heißt dann, daß der Versuch die Graphische Union zu gründen, glänzend mißlang. Lüge Nummer zwei. — Die Graphische Union ist eine gut eingerichtete Organisation, hat ihre eigenen zentralen Tarifverträge und eine funktionierende Tarifgemeinschaft.

Dann wird behauptet, die Graphische Union habe 400 Mitglieder verloren, was wohl heißen soll, daß dieser Verlust der Erfolg der gekennzeichneter Abtreibungsarbeit ist. Aber — das ist Lüge Nummer drei! — Es sind alles in allem aus dem bekannten Anlaß nicht ganz 100 Mitglieder übergetreten, welcher Verlust übrigens von der Graphischen Union bald wettgemacht sein wird.

„Das Ziel aller Klassenbewußten Buchdruckerarbeiter muß die Vereinigung aller der graphischen Industrie angehörenden Arbeiter in einer einzigen Organisation sein. Daß die Entwicklung in dieser Richtung geht usw. . . .“ ist Lüge Nummer vier. Mitglieder, welche aus der Graphischen Union zu Gunsten der Prager Verbände austreten, kommen dort je nach der

ihnen zu entzinnen, aber der Plan mißlang. Die Jungens fanden das Marschtempo ganz vergnüglich. Dann suchte Friz durch Sehenbleiben die Partie zu gewinnen. Aber damit war das kleine Mädchen nicht zu frieden und es fing an zu schreien, was die anderen Jungens veranlaßte, zu behaupten, er habe sie gekniffen.

So fuhr er denn weiter. Die Kindererziehung immer mehr an und wurde immer lärmender. Auch Hunde mischten sich in den Auflag, und die Klaffen so laut und wild, daß das Kind im Wagen erschreckt aufsprang. Und Schlächterbuben mit Fährädern an der Hand und Dienstmädchen mit laubendem Gesicht gestellten sich hinzu. Alle waren fröhlich und ausgelassen über ihn, nur er allein fühlte sich tief, tief unglücklich.

Friz schaute endlich auf und um sich. Er sah in alle diese lachenden Gesichter und spähte vergeblich nach einer einzigen Spur des Mißgeschicks mit ihm.

Da sah er einen Entschluß. Er ließ den Wagen los, schob die Jungen, die ihm im Weg waren, auf die Seite und enteilte. Er lief, so schnell er konnte, um fortzukommen, ihren Spott nicht mehr zu hören, ihr Hohnlachen nicht mehr zu sehen. Er entließ mit dem festen Vorsatz, nimmermehr zu dem Wagen zurückzukehren.

Die Anaben, höchst überrascht, johlten ihm zuerst nach und wollten mitlaufen. Aber im Schnellaufen war er ihnen überlegen und sie holten ihn nicht ein.

Er lief, lief, bis er sehr weit weg war, bis er vor der Stadt auf einen Feldweg kam. Und dort legte er sich langhin ins Gras und schaute hinaus ins Blaue, hinaus zu den weißen, einander nachjagenden Wolken.

Da nahm er sich feierlich vor, niemals wieder zu diesem Meister zurückzukehren und sich am nächsten Tage einen anderen zu suchen. Und zwar ohne die Beihilfe seiner Mutter . . .

Des Doppelseiertages wegen erscheint die nächste Ausgabe unseres Blattes

Dienstag

zur gewohnten Stunde.

Kategorie in drei verschiedene Fachverbände, also in keine Einheitsorganisation. Die jetzigen Gewehrsänner des „Vorwärts“ haben im Gegentheil die Abspaltung der Senefelder mit dem Argument geführt, daß sie in der Graphischen Union nicht bleiben können, weil sie zu Gunsten der übrigen Verufe dort Beiträge leisten müßten. Auch könnten sie sich dazu nicht verstehen, daß sie teilweise gegen ihre besonderen Interessen zur Verbesserung der Löhne der Hilfsarbeiter beitragen müßten.

Das sind die hauptsächlichsten Lügen des „Vorwärts“, die er in dem Ausfall gegen unseren Bericht aufwendet. Im Eifer des Gefechtes gibt es dann in der besagten „Vorwärts“-Notiz noch einen heiteren Punkt. Es wird ausgeführt, daß die Senefelder der Firma Stiepel aus dem Zwergerbaud Graphische Union ausgetreten und der „artellierten“ Prager Graficka Beseda beigetreten sind. Zunächst spricht die Notiz im Widerspruch zum Schlußsatz selbst aus, daß die „Ausgetretenen“ nicht in einen Einheitsverband gehen, dann aber vergleicht man die Massenorganisation „Graficka Beseda“ mit dem Zwergerbaud „Graphische Union“. Die Graficka Beseda wird heute, auch mit Einschluß des Bruchteiles der von der Graphischen Union ausgetretenen Senefelder höchstens 700 Mitglieder zählen Da haben die Gewährsmänner des „Vorwärts“ allerdings alle Ursache die Graphische Union als einen Zwergerbaud zu bezeichnen.

Daß der „Vorwärts“ die Sache aufgreift, ist aus noch einem Grunde ganz originell. Es handelt sich in diesem Falle absolut nicht um das kommunistische „revolutionäre“ Gewerkschaftsprinzip. Die zum Prager Senefelder-Verband Uebertretenen sind in ihren Organisationsanschauungen „zünftige“ Graphiker vom alten Schlags, wie es auch der alte Senefelderverein in Prag, Graficka Beseda, ist und noch lange bleiben wird. Es ist also ein merkwürdiger Widerspruch zu seinen sonstigen Gewerkschaftsprinzipien, wenn der „Vorwärts“ auch die Sache dieser Augenfeiter der Graphischen Union vertritt. Andererseits ist aber der Erfolg des „Vorwärts“ eine Vermehrung der „unersreulichen Erscheinungen im graphischen Gewerbe“!

Die Not der Alt-pensionisten.

Wir haben uns vor einiger Zeit in einem Artikel mit der traurigen Lage der Pensionisten beschäftigt und erhalten nun dazu im Namen des Reichsverbandes deutscher staatlicher Ruhestandler, Witwen und Waisen in der tschechoslowakischen Republik (Sib Veimert) von dessen Bundespräsidenten Oberlandesgerichtsrat Franz Janisch einen Artikel, aus dessen Inhalt wir folgendes anführen:

„Die die „Ceskoslovenskí Rooviny“ mitteilen, hat der Finanzminister einer Deputation der Staatsangestellten gegenüber die Anerkennung getan, daß die Bezüge der Alt-pensionisten darauf geregelt werden, als wenn sie nach dem 1. Jänner 1923 pensioniert worden wären, jedoch eine Durchrechnung der Dienstjahre oder ein Ersatz hierfür sei un Durchführbar. Für die Regulierung siehe dem Finanzminister der Betrag von 112 Millionen Kronen zur Disposition.“

Ein wirkliches „Gleichstellungsgesetz“ wird aber nur ein solches sein, das tatsächlich allen Forderungen, wie sie in der Karlsbader und Prünner Entschlichung der deutschen und tschechischen, in der Einheitsfront von über 80.000 staatlichen Ruhestandlern und ihren Witwen verbandenen Ruhestandlerorganisationen festgelegt wurden, Rechnung trägt, d. h. ein Gesetz, welches wirklich die Unterschiede zwischen Alt-, Neu- und Neuesten-Pensionisten gänzlich beseitigt und allen Kategorien der Pensionisten jene geschlichen Begünstigungen gewährt, wie sie die Durchrechnung der Dienstzeit und das Gesetz vom 20. Dezember 1922, Bl. 394 brachten und von vornherein festlegt, daß auch alle jene Begünstigungen, welche durch eventuelle spätere Gesetze und Verordnungen geschaffen werden, wie dies in anderen Staaten schon der Fall, automatisch auch allen bereits im Ruhestand befindlichen Staatsangestellten, ihren Witwen und Waisen zugute kommen. Nur dann wird man von einer wirklichen Gleichstellung und davon reden können, daß die Alt-pensionisten die Bezüge bekommen, die sie bekämen, wenn sie nach dem 1. Jänner 1923 in Pension gegangen wären.

Die Kardinalforderung, das Fundament für die Gleichstellung bildet nach dem Dargelegten schon vor allem anderen die Durchrechnung der Dienstzeit der Alt-pensionisten, bzw. der von allen in der deutsch-tschechischen Einheitsfront stehenden Ruhestandlerorganisationen aus technischen Gründen geforderte Ersatz hierfür in Form einer Erhöhung ihrer Pensionsgrundlage von durchschnittlich 20 Prozent. Ohne sie gibt es keine Gleichstellung.

Der Jahresruhegehalt der Alt-pensionisten ist in Wirklichkeit gegenüber dem Jahresgehalt der Neupensionisten um zwei- bis dreitausend Kronen niedriger. Was die Durchrechnung der Dienstjahre betrifft, die nach einer Aenderung des Finanzministers bei den Alt-pensionisten undurch-

fährbar ist, sei darauf hingewiesen, daß den aktiven Staatsbeamten und Staatsangestellten, die sich gegenüber den Altpensionisten in einer großen Ueberszahl befinden, sowie allen Neupensionisten zur Gänze schon die Dienstzeit durchgerechnet wurde.

In letzter Stunde sollte denn endlich Wandel geschaffen und ein wirkliches Pensionistengleichstellungsgesetz in den gesetzgebenden Körperschaften verabschiedet werden zum Nutzen des Staates, des Volkes und der Staatspensionisten. Das wäre ganze und anerkanntswürdige Arbeit, welche Linderung der Not und Recht brächte!

Rücktritt des Vorsitzenden des Internationalen Gewerkschaftsbundes. Der bisherige Vorsitzende des Internationalen Gewerkschaftsbundes, J. D. Thomas, hat infolge seiner Ernennung zum englischen Kolonialminister den Vorsitz niedergelegt.

Die Kriegsanleihe. Nach dem „Ceste Obovo“ verlautet, daß die Anleihe über die Kriegsanleihe im Finanzministerium beinahe vollständig fertig ist und in Kürze allen kompetenten Ministerien zur Begutachtung vorgelegt werden wird.

Der polnisch-tschechoslowakische Streit um den Kohlentransit. In der Sitzung des Reichstages am 30. Jänner brachte Senatsmarschall Trompzyński eine Interpellation, betreffend den Transit polnischer Kohle durch die Tschechoslowakei ein. In der Interpellation wird behauptet, daß die Tschechoslowakei für die polnischen Kohlentransporte eine um 50 Prozent höhere Fracht fordere als ihre inländischen Tarife für Kohlentransporte aus Mähren-Ostmark betragen. Die Durchfuhr von zehn Tonnen Kohle aus Petrowitz nach der österreichischen Grenze koste 834 Kronen für Polen, während der Transport von zehn Tonnen Kohlen aus Mähren-Ostmark nur 641 Kronen koste. Der Vertreter des Außenministeriums hat geantwortet, daß diese Angelegenheit von seinen Ministerien untersucht wird. Der Senatsmarschall Trompzyński verlangte Retorsionsmaßnahmen in der Form von Anwendung höherer Eisenbahnfachtarife für tschechoslowakische Warentransporte über Polen nach östlichen Ländern.

Wirtschaftliche Verhandlungen mit Deutschland. In der allernächsten Zeit, wahrscheinlich bereits in Laufe der kommenden Woche, werden in Berlin zwischen der tschechoslowakischen und der deutschen Regierung wirtschaftliche Verhandlungen stattfinden. Auf dem Verhandlungsprogramm stehen vor allem die nachstehenden tschechoslowakischen Wünsche: Verlängerung des Abkommens betreffend Einfuhr von Malz und Poldi-Stahl nach Deutschland, weiter auch Einfuhr tschechoslowakischer landwirtschaftlicher Maschinen, Automobile, gemahlener Kiesel und Messerwaren nach Deutschland, Beibehaltung der Vertragsverbindlichkeiten betreffend die Einfuhr von Glaswaren, Bierflaschen, Lederhandschuhen, Teppichen, Baumwollwand und Baumwollgarn, Herabsetzung der Veterinärgebühren bei Durchfuhr von Vieh durch Deutschland, Abänderung der Beilage B zum Wirtschaftsabkommen vom 29. Juni 1920, betreffend Saatkartoffeln und Zuderrübenfasern, soweit als möglich Verhandlungen über den Schutz des Ursprunges von Bier und Hopfen, welcher bereits im April 1922 prinzipiell vereinbart worden ist. Herabsetzung der hohen deutschen Zollsätze, welche die Ein- und Durchfuhr von tschechoslowakischem Holz nach Deutschland verhindern.

Sperre über die Betriebe der Alpen Montangesellschaft. Wie der Grazer „Arbeiterwille“ berichtet, hat eine in Leoben abgehaltene Betriebsratkonferenz des Oesterreichischen Bergarbeiterverbandes die Verhängung der Sperre über die Betriebe der Oesterreichischen Alpen Montangesellschaft beschlossen. Für Sonntag den 3. Feber sind in den Revieren der Gesellschaft Bergarbeiterversammlungen einberufen, um Stellungnahme zu der Kundmachung der Generaldirektion der genannten Gesellschaft, worin eine Verlängerung der Arbeitszeit der Oberarbeiter um zwei Stunden empfohlen und eine vier- bis fünfprozentige Lohn-erhöhung vom 12. Feber an in Aussicht gestellt wird.

Neuerliches Sinken der Preise in Deutschland. Die für den 29. Jänner berechnete Grobhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamtes ergibt gegenüber dem 22. Jänner einen Rückgang von 115,7 um 0,8 Prozent auf 114,8, der im wesentlichen durch die Senkung der Getreide- und Fleischpreise bewirkt wurde. Die Lebensmittel sanken von 100,6 auf 98,9, während Industriestoffe von 144 auf 144,6 Prozent anjogten. Die inländischen Waren gaben von 106,5 auf 104,2 nach. Die Einfuhrwaren stiegen von 102 auf 107,8.

Baumwollnot. Der Präsident der American-Cotton-Association, Herr J. S. Wanamaker, hat Gelegenheit genommen, gewichtige Erklärungen über den Baumwollmarkt, der in letzter Zeit überall die Tendenz zu Preissteigerungen aufweist, abzugeben. Er schätzt den Weltverbrauch an amerikanischer Baumwolle im Jahre 1924 auf 13.150.000 Ballen. Das sind 934.000 Ballen mehr als die Schätzungen der vorhandenen Rohstoffe überhaupt aufweist. Diese Zahlen sind auf Grund des Bedarfs der Vereinigten Staaten und auf Grund der statistischen Exportzahlen während der vier ersten Monate der diesjährigen Baumwollkampagne errechnet. Wanamaker, der die größte Kapazität auf dem Baumwollgebiet ist, stellt weiter fest, daß die Baumwollproduktion direkten Verfügung für die Spinnereien bis zum 31. Juli 1924 hinreichen. Die neue Ernte dürfte aber frühestens Ende September 1924 auf den Markt kommen. Daraus ist zu folgern, daß, wenn der Verbrauch nicht ganz ge-

waltig eingeschränkt wird, eine große Anzahl von Baumwollbetrieben der ganzen Welt bedeutende Schwierigkeiten haben werden, sich in der Zwischenzeit mit Rohstoffen zu versorgen. Wenn die Erklärungen Wanamakers zutreffen, ist mit einer weiteren Steigerung der Baumwoll- und Textilpreise zu rechnen. Für Europa wird die Gefahr dadurch erhöht, daß in den Vereinigten Staaten bereits erzwungen wird, für den Sommer 1924 ein Ausfuhrverbot für Rohbaumwolle aus den Vereinigten Staaten zu erlassen. Die bezüglichen Verhandlungen haben bereits vor der Tarifkommission in Washington stattgefunden.

Die tschechische Krone notiert in:

Table with exchange rates for New York, Zurich, Berlin, and Vienna.

Theater und Kunst.

Heute Premiere von Franz Schrekers „Schlaggraber“. Der heutige Abend bringt die Erstaufführung von Franz Schrekers Oper „Der Schlaggraber“. Spielleitung: Haber, von dem auch die szenischen Entwürfe stammen. Musikalische Leitung: Alexander Zemlinsky. Der Komponist wird der Erstaufführung beizuwohnen. Beginn halb sieben Uhr.

Morgen Sonntag nachmittags Arbeitervorstellung „Madame Butterfly“. Morgen Sonntag, halb 3 Uhr nachmittags, Puccinis „Madame Butterfly“ im Neuen Theater als Arbeitervorstellung.

Erstaufführung von Donizettis „Don Pasquale“. Mittwoch findet im Neuen Theater die Erstaufführung von Donizettis komischer Oper „Don Pasquale“, in der Bearbeitung von Dr. Kleefeld, statt.

Freitag: Gustav Mahlers „Lied von der Erde“. Freitag findet im Neuen Theater unter der musikalischen Leitung Alexander Zemlinsky eine Aufführung von Mahlers „Lied von der Erde“ statt. Die Solopartien singen die Herren Josef Schwarz und Theo Strad. Kartenverkauf ab Sonntag.

Spielplan des Neuen Theaters. Heute Samstag Premiere „Der Schlaggraber“, morgen Sonntag abend „Der Feldherrnhügel“, Montag und Donnerstag „Der Fürst von Pappenheim“, Dienstag „Der lahme Schwimmer“, Mittwoch, Premiere „Don Pasquale“, Freitag Gustav Mahlers „Lied von der Erde“, Samstag „Tannhäuser“, Sonntag abends „Mädi“.

Spielplan der Kleinen Bühne. Heute Samstag abends Gastspiel Lord-Meischer „Die Flamme“, morgen Sonntag nachmittags. Mittwoch und nächsten Sonntag abends „Der Mustergatte“, morgen Sonntag abends sieben Uhr „Die lahme Mama“, Montag, Donnerstag abends und nächsten Sonntag nachmittags „Deutsche Kleinstädter“, Dienstag „Dorine und der Zufall“, Freitag und Samstag neueinstudiert „Der eingebildete Kranke“ und „Die Gezierten“.

Urania.

Wochenprogramm:

Heute 3 Uhr. Kinosaal. „Liebesleben in der Natur“, Kulturfilmvorführung. Erklärende Worte: Univ.-Prof. Freund. Karten 3-12, Mitgl. 2 bis 11 K. Nur für Erwachsene. Sonntag, halb 11 Uhr. „Liebesleben in der Natur“. Sonntag, 4 Uhr. „Epsilon, Land und Leute“ mit 80 Lichtbildern. Richard Rzeha-Brünn. Karten 5, Mitgl. 4 K. Montag, 8 Uhr. (Gr. Saal. „Eifersucht“, Dr. med. und phil. Schuchhof-Wien. Diesmal allgemein zugänglich. Montag, 8 Uhr. Kinosaal. „Liebesleben in der Natur“. Dienstag, 8 Uhr. „Eine doppelte Durchquerung von Sumatra“ mit 155 eigenen reißfarbigen Aufnahmen. Schriftstellerin Alice Schalek-Wien. Mittwoch, 8 Uhr. „Aus den Tiefen der Seele, Träume und anderes“, Prof. Dr. Rössler-Wien. Donnerstag, 8 Uhr. Beginn der Vortragsreihe: „Lebenskunst“, Dr. Robert Schen. Erster Vortrag: „Der Verkehr mit sich selbst“. Freitag, halb 7 Uhr. Beginn der Vortragsreihe: „Dichtung der Weltliteratur“. Erster Vortrag: „Aegyptische Märchen“, Prof. Dopfner. Freitag, 8 Uhr. „Einführung in die Psychologie und Gestalten-Theorie. Univ.-Prof. Dr. Ehrenfels. Sechster Vortrag in der „Philosophischen Vortragsreihe“. Samstag den 2. d. 3 Uhr. Kinosaal. „Der Rhein“. Naturfilmvorführung. - Karten zu allen Veranstaltungen Urania-Kassa, 9-1 und 3-7 Uhr. Smedly 22.

„Meine Erinnerungen an Frank Wedekind“. Vortrag Heinrich Mann, Montag, den 11., 8. Uhr.

„Urania-Kino“.

(Deutsches Kino.)

„Die Königin der Mode“. Heute halb 6 und 8 Uhr neues Programm. Karten 3-12 bis 12 K., Smedly 22.

Bildungsarbeit.

Geht es vorwärts?

Die Zentralstelle für das Bildungswesen verberet eben ihren Bericht über die Tätigkeit im Monat Jänner. Wir entnehmen daraus ihre vieljährige, Vortragswesen, Büchereien und Festkultur umfassende Bildungsarbeit, die sich auf das Gesamtgebiet unseres Parteilbens bezieht und in alle Bezirke zu dringen strebt. - Dem Aus-

weis über die Vortragsreisen im Jänner entnehmen wir die Vorträge des Genossen Kuitpod Stern über Sozialismus (Wagstadt, Mikladorf, Troppau, Prag, Schludena) des Genossen Abg. Soltischer über Abstinenzbewegung (Freiwaldau, Jägerndorf, Oberberg, Freistadt), des Afenforsters Stöner über Tretforschungen (Krebitz, Warnsdorf, Benzen, Teschen, M.-Ostau, Botenwald, Pivov, Odrau). Die Kreise, die im Vorjahre durch Einzelvorträge die Bildungsarbeit der Massen zu wecken verstanden, schritten in diesem Jahre bereits an die Einführung von Arbeiterschulen und Funktionärskursen. Besonderen Erfolg brachte die Einführung von Sonntagsschulen (4 bis 8 Halbtage) solche Schulen fanden im Jänner in Komotau, Gorkau, Karlsbad, Reudel, Gallenau, Neufattel, Trautentau, Lampersdorf, Jungbuck, Brüx, Dux statt. Bei 200 Lehrstunden vereinigen fast 1000 Arbeiterstudenten in ihren Bemühungen, in die Geisteswelt des Sozialismus einzudringen. Hand in Hand mit den Kursen ging die Ausgabe von Merkblättern (12 bis 34 Seiten umfassende, sorgfältig ausgearbeitete Dispositionen und Schranleitungen). Nicht weniger als 627 Merkblätter wurden abgesetzt, darunter 294 Exemplare des Merkblattes von Karl Renner über die ökonomischen Lehren von Karl Marx. Spezialkurse fanden in Aisch (Gemeindegemeinschaft) und in Böhmisch-Ramniz (Bildungsfunktionärskurs) statt. Diese beiden Kurse wiesen zusammen über 200 Teilnehmer auf. Unter den Lehrkräften finden wir genannt die Genossen Bölina, Deutsch, Hillebrand, Hofbauer, Hoffmann, Kremser, Berner, Rüd, Dr. Simon, Stern, Dr. Strauß und Dr. Wiener.

In steigendem Maße wird die Lichtbildabteilung der Bildungszentrale in Anspruch genommen. Es erweist sich, daß die Bezirksbildungsstellen immer häufiger die Serien für ganze oder halbe Monate beziehen, um in ihrem Umkreis selbständig Lichtbildreisen zu veranstalten. Von den 50 Lichtbildserien, die in diesem Monate zur Verteilung kamen, wurden nicht weniger als 23 Serien für den ganzen oder halben Monat entliehen. Die Zahl von 200 Lichtbildvorträgen im Monat Jänner reicht an die Zahl der wirklich durchgeführten Lichtbildabende wohl nicht heran. Diese Lichtbildvorträge wurden im Zusammenhang auch mit Vuderoorganisationen (Naturfreunde, Jugendliche, Kinderfreunde, Sportvereine, Konsumgenossenschaften) veranstaltet, u. zw. in folgenden Bezirken: Bilitz, Bodenbach, Brünn, Dux, Raaden, Karlsbad, Landskron, Oberleutensdorf, Postelberg, Prag, Preßburg, Ronsperg, M.-Trübau, Zittau und verammelten mindestens 50.000 Hörer. - Die Reform unserer Arbeiterbüchereien wurde weiter das Augenmerk zugewendet. 3000 Bibliotheksorten verhalten zur Vereinfachung unserer Arbeiterbüchereien.

Organisatorische Arbeit wurde in diesem Monat insbesondere auf schlesischem, wärsdorfer und südböhmischem Boden geleistet. - Die Bildungszentrale steht auch mit den ausländischen Bildungszentralen in guter Fühlung, z. B. Oesterreich, Deutschland, Schweiz und Holland. Es ist ihr gelungen, für die „Mitteilungen über das internationale Bildungswesen“ in der Partei, bei den Gewerkschaften und Genossenschaften in diesem Monate einen namhaften Kreis von Abnehmern zu gewinnen. Die Bildungszentrale war an der Hannoverer Tagung der Bildungsinternationale am 6. und 7. Jänner durch ihren Leiter vertreten.

Es sei noch bemerkt, daß die Kosten der Bildungsveranstaltungen der Zentrale im Monate Jänner (ohne den Aufwand für die Kanzlei) die Summe von K 13.231,13 betragen, denen ein Erlauf von K 16.000,22 gegenübersteht. - Alles in allem zeigt der Bericht das Bild erfreulichster Regsamkeit.

Sozialistische Sonntagsschule für den Bezirk Weipert. Die Schule beginnt am 17. Feber. Unterrichtsstoff wird noch bekanntgegeben werden. Teilnehmern haben alle sozialdemokratischen Vertrauensleute der Partei, Gewerkschaft und Genossenschaft. Weiters haben das Recht zur Teilnahme alle Mitglieder der Partei, der Frauen- und Jugendorganisationen. Der Lehrplan ist folgender: 17. Feber: Die Vorläufer des Sozialismus. Vortragender Genosse Hofbauer-Tepliz. 24. Feber: Von der Utopie zur Wissenschaft. Vortragender Genosse Rüd-Tepliz. 2. März: Was ist Klassenkampf? Vortragender Genosse Weigl-Komotau. 9. März: Verhältnisse des Sozialismus. Vortragender Genosse Hofbauer. 16. März: Die Frau und der Sozialismus. Vortragender Genosse Paul-Dux. Die Schule beginnt um 2 Uhr nachmittags. Kostenbeitrag für jeden Vortrag 1 K. Arbeitslose sind vom Kostenbeitrag befreit. Schüler haben Schreibhefte mitzubringen.

Vorträge.

Die Kunst der Geisteskranken. Was Dr. Pringhorn aus Dresden am Donnerstag unter diesem Titel in der Urania bot, war ein wirklich verdienstlicher, allgemein interessierender Vortrag zur Psychologie der Zeit. Pringhorn erlöst die für den ersten Teil so sprachlich und fremd anmutenden Gebilde, die aus der Hand des Geisteskranken hervorgehen, als Symptome des Gestaltungsdranges, als spontane Schöpfung, die in das Gebiet der Kunst hineinragt. Und er zeigte an vielen interessanten Lichtbildern die Berührungspunkte dieses Schaffens mit der Kunst der Primitiven und mit der Kunst unserer Tage, vor allem mit dem Expressionismus. Hinter diesen Bildern steht das Problem des Kulturzusammenbruchs. Der immer wiederkehrende Vorgang dieses Schaffens ist: Auflösung des traditionellen Weltgeföhls stärkeres Hineintreten in das eigene Innere. Es sind Bilder die durchaus eigener Beschäftigung wert sind (das ist ja auch im Grunde der

Sinn des Wortes „Expressionismus“), die den letzten Extrakt der Dinge geben möchten. Der Wunsch, von der bedrückenden Allweltweolität erlöst zu sein, gebietet auch hier die höhere Form der Kunst. Daß die Technik dieser Bilder oft kindhaft, unbeholfen ist, ändert nichts an dem Wesentlichen des Schaffensvorganges. Und der Parallellismus geht noch weiter: Hier wie dort ist eine große Sehnsucht nach inspiriertem Schaffen; und hier wie dort tritt der Mangel an Intuition erschreckend zutage. So wirken diese Gebilde wie eine Grimasse der Zeit, wie eine tragische Verflüchtigung ihres Schwankens zwischen innerem Wollen und bewußtem Wollen. Die energiegelose Logik, womit der Geisteskranke sein Werk aus sich herauszustellen sucht, ist, bei aller Zwanghaftigkeit der Kombination erstaunlich und die rhythmische Sicherheit der Linienführung oft bewundernswert. Das gilt von der höchsten Stufe dieses Kunstschaffens, die etwa durch den genialen schwedischen Maler Juseffon repräsentiert wird (den nahelegenden Hinweis auf Van Gogh vermisse man), bis hinab in jene Kunstphäre, wo die Verflüchtigung des geistigen Organismus zu Sujets wie „Jesus und Jesu“ oder: „Das heilige Schweißwunder in der Schuhenlegete“ hinabfällt oder der Künstler, nach Ainderart, die Füße unmittelbar an den Kopf anschließt. Aber alle diese Werke liegen doch auf der Sehnsuchtslinie der Gegenwart. Und bei allen handelt es sich um einen schöpferischen Vorgang, der als solcher mit Ehrfurcht zu betrachten ist und mitten hineinführt ins Herz dieser Zeit. mar.

Aus der Partei.

Genosse Edward Hillebrand ist seit einigen Tagen erkrankt, befindet sich jedoch bereits auf dem Wege der Besserung. Es ist unbedingt notwendig, daß er sich einige Zeit Erholung ausruhe und er ist deshalb auch nicht in der Lage, verschiedene Zusagen betreffend die Abhaltung von Versammlungen und Vorträgen zu erfüllen. Die Vertrauensmänner werden ersucht, an den Genossen Hillebrand in der nächsten Zeit Aufforderungen wegen Übernahme von Referaten nicht ergehen zu lassen. - Mit uns wünschen sicherlich alle Parteigenossen, daß Genosse Hillebrand sich von seiner Krankheit recht bald vollständig erhole und sein Wirken im Interesse der Arbeiterschaft wieder aufnehmen.

Jugendbewegung.

Sozialistischer Jugendverband, Ortsgruppe Prag. Im Dienstag, den 5. Feber, abends 8 Uhr, findet im Verein deutscher Arbeiter, Prag II., Smetanasse 7, eine Zusammenkunft mit Vortrag des Gen. Karal über „Jugend und Alkohol“ statt. Alle Jugendgenossen und Jugendgenossinnen werden ersucht, bestimmt und pünktlich zu erscheinen. Parteigenossen willkommen!

Bereinsnachrichten.

Zentralverband der Angestellten in Industrie, Handel und Verkehr, Ortsgruppe Prag II., Nigercovo nam. 4. Mittwoch, den 6. Feber 1924, halb 8 Uhr abends, 8. Feber deutscher Arbeiter, konstituierende Sitzung der neugewählten Ortsgruppenleitung. 2569

Turnen und Sport.

Arbeiter und Winterport.

Der Winterport hat sich nun auch in der breiten Masse der Bevölkerung durchgesetzt. Allsonntäglich treibt es die Menschen hinaus in die Berge und Wälder, der Ruf „Hinaus ins Freie“ hat tiefe Wurzeln gefaßt. Er ist aber auch ein Mahnruf an die Menschheit überhaupt, die obwohl noch unentwickelt, doch langsam die Wahrheit der philosophischen Weisheit Rousseaus zu erkennen beginnt: Zurück zur Natur! Gibt es doch in der Natur Schätze aufgeschichtet, die für alle bestimmt, bis jetzt nur von wenigen genossen wurden, während der große Teil der Menschen achlos an ihnen vorbeiging. Darum muß es überall mit Freude begrüßt werden, wenn sich jetzt auch in jenem Teile der Menschheit, der sich niemals sonderlich viel um die Naturpracht bekümmerte, ein Verlangen, ein Schenken nach den Herrlichkeiten der Natur einstellt.

Die Arbeiterschaft hat den Wert des Winterportes erkannt und widmet sich ihm im reichsten Maße. Ohne den gesundheitsfördernden Wert dieses Sportes näher zu erörtern, sei nur angeführt, daß sich dem Winterportler die Welt im Winterkleide von einer Seite zeigt, die durch ihre Schönheit unvergleichliche Eindrücke anzulösen vermag. Aber dabei sei auf einen Uebelstand hingewiesen, der verkannt werden muß; das ist die Beteiligung vieler Arbeiter an den deutschen Winterportvereinen. Genau wollen wir es nicht betreiben, daß unsere Gegner über alle möglichen gut ausgebauten Winterportplätze verfügen, nachdem sie ja über große Geldmittel verfügen. Aber diese können auch die Arbeiter erreichen, wenn sie in geschlossener Front zusammenstehen, wenn sie die Phalangen der Arbeitersportvereine und Naturfreunde verstärken helfen. Durch die Macht der Masse wird es dann auch diesen Verbänden möglich sein, gebiegene Winterportanlagen zu schaffen, auf denen dann der Arbeitersportler sich genau so betätigen kann, wie in den Reihen der Gegner.

Auch auf dem Gebiete des Sportes darf es keine Gemeinschaft mit dem Gegnertum geben. Hier braucht nur auf das Verhalten dieser Leute hingewiesen werden, die vor hundert Jahren mit der Polizei gegen alle Bestrebungen der Kultur zur Seite lagen, nur deshalb weil sich da-

maße in den Reihen der Leibesübungen Betreibenden ein Freiheitsgefühl bemerkbar machte. Nach dem Siege der Reaktion wurde freilich auch die Turnerei anders ausgestaltet, sie verstimpte und wurde nur insoweit gebildet, als sie den Interessen der Herrschenden dienlich war. Heute stützt sich die Gegnerschaft förmlich auf ihre Turn- und Sportvereine, deren Mitglieder sie mit den Schlagwörtern wie „Vaterlandsliebe“, „deutsches Volkstum“, „Heimats-treue“ usw. betäuben und ihren Wünschen gefügig machen will. In diesen Kreisen bewegen sich noch Tausende von Arbeitern, die dort unbemerkt anti-proletarisch erzogen werden, zum Schaden ihrer eigenen Interessen und der ihrer Arbeitsbrüder und Schwestern.

Die Arbeiterklasse muß erkennen, daß eine gut ausgearbeitete Turn- und Sportbewegung für das Proletariat notwendig ist, muß es genau erkennen wie die Gegner, die früher jeglichen Körperkultur bekämpften haben und nun, da sie seinen Wert begreifen, überall als eifrige Förderer auftreten. Auch der Wintersport ist ein Gebiet, welches durch die Arbeiter für die Arbeiter erkämpft werden muß.

**Mitte August 1924
Bundesturnfest
der
Arbeiterturner
in Karlsbad.**

Eishockey. Heute veranstaltet die Proger Clavia ein Turnier, an welchem vier Teams teilnehmen und zwar: Union, Zikow, Rodoli, Dvřhrad und Clavia Ref. Gespielt wird ab 14 Uhr nachmittags am Claviaplay. Am Sonntag hat Clavia den mährischen S. R. D. I. o. m. o. u. c. zu Gast, eine der wenigen Mannschaften, welche kanadisches Eishockey betreiben. Das Wettspiel findet um 15.30 Uhr statt, um 14.30 Uhr Vorspiel. — Das tschechoslowakische Team soll aus Chamornix nach Paris fahren, um dort am Eishockeyturnier um die Coupe Jean Potin teilzunehmen. — In Berlin besetzte der Berliner Schlittschuh-Club des Sport-Club Charlottenburg, trotzdem er nicht eine vollständige Mannschaft zur Stelle hatte, mit 5 : 4.

Fußball. (Admira, Wien in Prag.) Die Viktoria Zikow, welche bereits am vorigen Sonntag in Pilsen g. Olympia 6 : 0 gewann, hat sich für Sonntag die Admira aus Wien verschrieben. Das Wettspiel findet um 14.30 Uhr am Viktoriaplay in Zikow-Ohrada statt. Vorher spielen Meteor Vlnohrady Iomb. g. Viktoria Zikow Iomb. — Union Zikow spielt Sonntag in Pilsen g. die dortige Olympia.

Mitteilungen aus dem Publikum.
Das Beste für Ihre Augen
besorgt **Optiker Deutsch, Prag,**
Graben 25, Kl. Bazar.

Rechenmaschinen, L. Edgar, Refazantka 2a.

VIII. Prager Frühjahrs-Messe
vom 16. bis 29. März 1924.
Legitimationen à Kc 25.- Prag I., Allstädter Rathaus.

Herausgeber: Dr. Ludwig Egeß und Kati Cermak
Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Steinhilber
Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei, Prag.
Für den Druck verantwortlich: C. Holla.

E. N. 60. K II-112.
**Unterverband
„EGERLAND“
im Reichsverbande der deutschen Krankenkassen in der CSR.**
Ausschreibung.

Für das beim Krankenkassen-Unterverband „Egerland“ in Franzensbad bestehende „Arbeiter-Ruheheim“ (Belag 40 Betten) gelangt die Stelle der

Verwalterin

zur Besetzung. In Betracht kommen nur alleinstehende Personen ohne Anhang, nicht unter 28 und nicht über 40 Jahre alt, Berücksichtigt werden in erster Linie Bewerberinnen, welche schon in gleicher oder ähnlicher Stellung in Sanatorien, Erholungsheimen u. dgl. tätig waren und Kenntnisse in der Krankenpflege besitzen. Die volle Fähigkeit der Bewirtschaftung solcher Anstalten wird vorausgesetzt.

Die gehörig belegten, ungestempelten Gesuche mit Angabe der Geburtsdaten, Geburtsort, Staatszugehörigkeit, weiters ob ledig, verheiratet usw., bisheriger Lebenslauf und Tätigkeit, sowie Gehaltsansprüche, sind bis längstens 18. Feber 1924 an das Sekretariat des „Unterverbandes Egerland im Reichsverbande der deutschen Krankenkassen in der Tschechoslowakischen Republik“, Eger, Jellig-Dohn-Strasse 11-13 einzureichen. Auf lokales Verhältniß, insbesondere für die Bedürfnisse der Arbeiterschaft, wird Gewicht gelegt.
Eger, am 28. Jänner 1924.

Der Vorstand.



**MEIN MANN
HAT RECHT,
ich
kaufe nur
TEE
MARKE
TEEKANNE**

wegen seiner Güte und Feinheit, seines sparsamen Verbrauchs und wegen der entzückenden Seidenmuster zu meinen Handarbeiten für das Preisauszeichnen

Bitte beachten Sie das Preisauszeichnen in einer der nächsten Nummern dieser Zeitschrift!

1926 III

**Perfekter
Stenograph**
womöglich Schreibmaschinist, zum Telephondienst in einer Zeitungsredaktion für die Zeit von 9 bis 12 Uhr abends für sofort
gesucht.
Schriftliche Offerte an die Redaktion des „Sozialdemokrat.“ 2538

**Wäsche- u. Schürzen-Erzeugung
ADOLF WAMBACH**
Teplitz-Schönau, Mariongasse 13
empfiehlt den B.Z. Krankenkassen seine nach ärztlicher Anordnung erzeugten Nieder-Weißbinden nach Maß.
Indikationen:
Schwangerschaft, Enteropneustis, Hängebauch, Bauchwandbruch, nach Laparatomien, Wanderniere, Magen-erweiterung. 2546

Kuh & Kretsch
Likörfabrik 1476
Teplitz-Schönau.

Smith Bros
die beste amerikan.
Schreibmaschine
mit Kugellager und
stillestem Gang
Spezialhaus für moderne
Büroeinrichtungen jed. Art
Gibian & Co., Prag II.,
Lucerna.
Telephon 9823.
Filiale Reichenberg, Gablonzerstr. 15.
Referenz-Ges. für Gewerkschaften
und Sekretariate Spezialofferte. 1908

Kalla's Bratheringe
Fischkonserven, Bäcklinge.

Zu beziehen durch die:
Großverkaufsgesellschaft für Konsum-
verleihe in PRAG II., Fügnerovo nám. 4.

**Städt. Theater-Café
Teplitz-Schönau
eröffnet.**
Jos. Zischka.

**BÖHMISCHE
UNION-BANK**
Eingezahltes - Aktienkapital
160.000.000 Kc.
Reservefond 91.400.000 Kc.
FILIALEN:
Asch, Bratislava, Braunau i. B.,
Brünn, Freiwaldau, Friedek-
Mistek in Schlesien, Gablonz,
Graslitz, Hohenelbe, Jägerndorf,
Karlsbad, Königinhof a. E.,
Marienbad, Mährisch-Ostrau,
Mähr.-Schönberg, Neutitschein,
Olmütz, Prossnitz, Reichenberg,
Rumburg, Saaz, Teplitz-
Schönau, Trautenau, Troppau.
Telephon-Nr. 2008-2310, 6990-6989,
7933-7935 und 7988.
Depeschenadresse: UNION-BANK.
Kommandite in Wien.
Durchführung aller
bankgeschäftlicher
Transaktionen. 2522

**Landes-Lebens-Versicherungsanstalt
der Markgrafschaft Mähren in Brünn**
Mozartgasse Nr. 3.
Filiale für Nordböhmen. Teplitz-Schönau,
Clarystr. 3
empfiehlt den Abschluß von Todesfall- und
Erbensversicherungen in allen mög-
lichen Formen u. Verbindungen,
Erbsteuerversicherung.
Günstige Bedingungen.
Billige Prämienätze. Absolute Sicherheit.
Landesverwaltung. 1925
Versicherungsstand Ende 1923:
Kapital 400 Millionen Kronen.

Verlangen Sie die führenden amerikan.
prima Schweine-Schmalzmarken und
schönsten Speckschnitte
„Apec“ und „Morrell“
1801 Vertreter für die Czechoslovakien
Robert Stránský, Prag II., Jungmannova 33.
Drachenschrift „Rosita“. Telefon 669

**Insertieren Sie im
Sozialdemokrat!**

Kochendes Wasser + **Kimi** = ausgezeichnete
Pindsuppe
1810

**Pfering-
Senf u. Essig**
ist der beste!
zu haben in allen
Konsum-Verleihen
1926

Gute u. billige Fabriksreste!
20 Meter gute Sommer Kleiderstoffe: Waschdelaine, Mode-Waschstoffe
Sephire, Blau- u. Schwarzfärbte, Verstoffe, Battiste, Nr. 2
für nur Kc 115.-, Nr. 3 für Kc 130.-, Nr. 4 für Kc 145.-
20 Meter gute Sommer- u. Winterkleiderstoffe: Waschdelaine, Ver-
stoffe, Mode-Waschstoffe, Blaudrude, Sephire, Alanelle, Ver-
stoffe, Nr. 5 für nur Kc 125.-, Nr. 10 für Kc 160.-
20 Meter gute sortierte Netze: Kameelwolle, Delaine, Sephire, Blau- und
Schwarzfärbte, Chiffone, Weben. Nr. 11 für nur Kc 125.-,
Nr. 12 für 150.-
20 Meter gute Chiffon- und Webenreste: Nr. 17 für nur Kc 105.-,
Nr. 18 für Kc 130.-, Nr. 19 für Kc 160.-
10 Meter gute Kleiderstoffe in Mode-Stato, 10 cm br. für nur Kc 125.-.
Die Reste sind 3-8 Meter lang, waschecht, fehlerfrei in Modemustern,
eigenen für Kleider, Blusen und für Wäsche. Muster von diesen
verleihe ich nicht. Verkauf der Nachnahme, Umsatzen wird nicht
berechnet. Muster von Stützware gratis und franco.
Sunderter Dankschreiben über gute und solide Bedienung!
Besonders gute Einkaufsquelle für Wiederverkäufer.
Eigene Erzeugung und Manipulation von Textilwaren 2533
LEO STRASS, NACHOD 107.

Ein
Wanderbuch
für das
Nichtel- u. Gezebirge,
Záhr. Böhmisches Schmelz-
schichten, Iser- u. Rieser-
gebirge, Waldenburger u.
Gailenberger, Glaser-
gebirge u. Querschnit.
Mit vielen Wanderkarten
in Reinswand gebunden.
Preis, wenn mit Hinweis
auf dieses Inserat
bestellt wird
nur 6.50 Kronen.
Bücherverzeichnis kostenlos.
**Volksbuchhandlung
Kremser & Co.,**
Teplitz-Schönau,
Theresienstraße 18-20.

Arbeiter, Angestellte und Beamte!!
Wie schützt Ihr Euch vor Tuberkulose?
Verlangt in Eurer Wohnung die Vorführung des
„ELEKTRO-LUX Staubsauger“
PRAG II., Vodicková 39
gratis und unverbindlich! 254
Mitglieder der Partei u. Gewerkschaft Preisermäßigungen u. Zahlungserleichterungen.